

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 46.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 16. November 1912.

Redakteur: A. Seutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

## Werksgemeinschaft oder Gewerbesolidarität.

Auszug aus einem Vortrage von Dr. Heinz Brauns, gehalten in einer Essener Versammlung.

I.

Bei der 100-Jahrfeier der Krupp'schen Werke hörten wir Herrn Geheimrat Dr. Hugenberg in seiner Festrede sagen:

„In welches Lebensgebiet wir auch blicken, überall sehen wir uns vor der Aufgabe, eine an Zahl plötzlich riesenhaft gewordene Menschenklasse, die es bis dahin in der Welt nicht gab, den großindustriellen Arbeiter, einzugliedern in den langsam aufgewachsenen Bau unseres politischen Lebens.“

Stimmt! Ganz einverstanden!

In den Kreisen der heute so viel verschrienen Sozialpolitik, auf den Hochschulen und in der sozialen Praxis hat man diese Notwendigkeit eher erkannt als bei den Industriellen, die heute die alten Methoden dieser Eingliederung in Acht und Bann tun und die Welt mit einer neuen — spezifisch kapitalistischen — Methode der „Eingliederung“ beglücken möchten. Ja, ich stehe nicht an, zu behaupten: Würden die Leiter unserer Großindustrie der von Herrn Geheimrat Hugenberg so richtig betonten Notwendigkeit sich eher bewusst gewesen sein, und würden sie früher die richtigen Konsequenzen aus dieser Notwendigkeit gezogen haben, das Problem wäre dann heute im wesentlichen gelöst. Früher haben die Kreise, welche heute in ihrer Art die Lohnarbeiter politisch eingliedern wollen, sich überhaupt nicht um diese Eingliederung bemüht. Der Lohnarbeiterstand war ihnen teils lediglich Produktionsmittel — wenn auch menschliches Produktionsmittel. Darüber hinaus war er ihnen höchstens Objekt, Gegenstand der Gesetzgebung und Verwaltung, aber beileibe nicht gesellschaftlich gleichberechtigtes Subjekt, Träger der öffentlichen Tätigkeit in Staat und Gemeinde. Darum wäre ein etwas weniger wegwerfendes Ururteil über die Vergangenheit der Sozialpolitik — im weitesten Sinne genommen — schon am Platze. Das neue Rezept muß sich zum mindesten auch noch erst bewähren.

Und wir glauben: Es wird sich nicht bewähren, weil es sich nicht bewähren kann, weil es an inneren und äußeren Unmöglichkeiten scheitert. Doch zuvor die Frage:

### Wie heißt denn überhaupt das neue Rezept der gesellschaftlichen Eingliederung der Arbeiterklasse?

Bisher hat alle Welt geglaubt, die Arbeiterschaft als eine neue, für sich bestehende Klasse mit eigenen Zielen und eigenem Leben betrachten zu müssen. Auch die neuen Propheten gehen von dieser Auffassung aus. Trotzdem glauben sie, patriarchalische Organisationsformen früherer Zeiten, wenn auch mit neuen Mitteln, wiederaufzuwecken zu sollen, deren wesentliche Voraussetzung eben die war, daß der Arbeiterstand nicht zu eigenem gesellschaftlichen Leben reif und erwacht war.

So kommt man in den Kreisen der Industriellen heute zu folgender Begriffsbestimmung für die als notwendig zugegebene „Eingliederung“. Man versteht sie so, „daß zwischen der Familie der Werkbesitzer und der Gesamtheit der in ihren Unternehmungen Beschäftigten eine Werksgemeinschaft besteht, die stärker ist als alle Mächte, die horizontal teilen wollen, was von der Wurzel bis zur Krone ein einheitliches Gebilde ist.“ Solche Werksgemeinschaften sollen dann weiterhin solidarisch sich fühlen mit Volk, Vaterland und Gemeinwohl, und so wäre die Einordnung glücklich vollendet, d. h. in der Phantasie solcher Propheten. In der Wirklichkeit hat diese Rechnung gewaltige Fehler.

## Was ist eine Werksgemeinschaft, oder fragen wir lieber: Was soll sie sein nach dem Willen ihrer Schöpfer?

Der Versuch, die Arbeiter durch Wohlfahrts-einrichtungen an das Werk, auf dem sie beschäftigt sind, zu fesseln, ist alt. Bald nach den ersten Jahren der merdenden Industrie tauchten solche Versuche auf und verallgemeinerten sich im Laufe der Jahre immer mehr. Schon in den achtziger Jahren wuchsen sich derartige praktische Heilungen auch zu einer Theorie aus: Solche Wohlfahrts-einrichtungen sollten entspringen dem Pflichtgefühl der Unternehmer, sollten Zeugnis dafür ablegen, daß diese im Arbeiter nicht nur das Produktionsmittel, sondern auch den Menschen sehen und würdigen.

Diese „Sozialpolitik“ der Arbeitgeberwohlfahrts-pflege hat ihre Zwecke nicht vollständig erfüllt. Ebensovienig wie staatliche Versicherungs- und Schutz-gesetze konnte die Politik der Wohlfahrts-einrichtungen eine Standesbewegung der Arbeiter schaffen. Und weil es daran fehlte, konnte sich die revolutionäre Sozialdemokratie Bahn brechen. Anstatt aus dieser Tatsache zu lernen und den Hebel da anzusetzen, wo er demnach angelegt werden mußte, ging man hin und gab sich teils der Gleichgültigkeit gegen das sozialdemokratische Problem hin, teils glaubte man, der revolutionären Bewegung mit Zwangsmitteln Herr werden zu können. Auch heute noch hat man solche Hoffnung nicht so ganz aufgegeben. Die Bestrebungen nach einem sog. Arbeitsmülligenesech, für das sich ja auch, getreu dem Wunsche der Unternehmer, die Gelben einsetzen, ist Zeuge davon. Aber man möchte diese scharfmacherischen Bestrebungen.

### nicht bloß auf die eigne Kappe nehmen,

weniger aus Verantwortlichkeitsgefühl, als vielmehr deshalb, weil man damit heutzutage praktisch nicht mehr durchkommt. Man möchte Arbeiter haben, die selbst solche Forderungen stellen, damit man auf diese Kronzeugen sich stützen kann. Man möchte der Einseitigkeit der Arbeitgeberwohlfahrts-pflege eine Ergänzung schaffen, dadurch, daß man scheinbar nach außen eine „Arbeiterbewegung“ zum angeblichen Träger des neuen Systems macht. Die Beibehaltung der Methode der Wohltaten und Almosen zur Entrechtung der Arbeiter glaubt man schmachhaft zu machen und ihres entehrenden Charakters zu entkleiden, indem man sagt: Was wollt ihr denn eigentlich gegen dieses System der „Arbeitgeber-beiträge“? Haben wir nicht solche auch in den Versicherungen? Wer hätte das jemals als entehrend für die Arbeiter empfunden? Gemacht! Das ist ein Taschenspielerkunststück. Hier handelt es sich um gesellschaftliche Leistungen. Um Leistungen, die die freie Mitbestimmung der Arbeiter nicht ausschließen, im Gegenteil, die sie ausdrücklich sanktionieren. Wenn diese Gesetze, so wie sie heute sind, auf dem Wege einer gelben Bewegung hätten geschaffen werden müssen, wir würden heute noch darauf warten. Also mit diesem Vergleich ist es nichts zur Begründung der Gelben. Und doch kann man keine „Bewegung“, auch nicht einmal eine scheinbare „Arbeiterbewegung“, schaffen, ohne Arbeiterziele, ohne ein Programm, das sich als Vertretung von Arbeiterinteressen erweist. Daher das neueste Streben der Gelben und ihrer Förderer, aus den gelben Werksgemeinschaften nicht bloß eine Wohlfahrts-einrichtung zu machen, sondern diese Einrichtung in Gegensatz zur selbständigen Arbeiterbewegung zu stellen und diesen Gegensatz volkswirtschaftlich und staatsbürgerlich zu begründen, mit anderen Worten, den Gelben die Maske einer theoretisch begründeten Arbeiterbewegung vorzuhängen. Zu diesem Zweck fanden sich käufliche Seelen in der Arbeiterschaft, es finden sich auch vereinzelte Nationalökonomien auf Rathedern, die diese neue Wissenschaft predigen, und es finden sich noch mehr „Angestellte“ der Unternehmer, die aus der Not eine Tugend machen und sich bemühen, Unter-

nehmerinteressen zu Arbeiterinteressen umzustempeln; manche davon, das muß zu ihrer Entschuldigung gesagt werden, tun das allerdings mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe.

Wie steht es nun um die angebliche volkswirtschaftliche Rechtfertigung der neuen gelben Methode? Das Hauptbemühen der Vertreter dieser Richtung ist darauf gerichtet, die Gewerkschaftsbewegung in Mißkredit zu bringen, sie zu kennzeichnen als etwas volkswirtschaftlich ungesund, ja, als etwas, das letzten Endes anstatt zum Vorteil geradezu zum Nachteil der Arbeiterbewegung ausschlagen wird.

Es zeigt sich bei dieser Beweisführung sofort ein großer grundsätzlicher Fehler. Man wirft die Gewerkschaftslehre der Sozialdemokratie mit derjenigen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in einen Topf und führt dann den Beweis ungefähr folgendermaßen: Man sagt, die Gewerkschaften verkennen durchaus das Wesen unserer Großindustrie. Sie möchten an Stelle des Privatunternehmers einen Allgemein-Unternehmer setzen, sie möchten an Stelle der Einzelnen, die die großen Werke dirigieren, eine Direktion durch die Massen setzen, die Arbeitermassen sollen gleichsam selbst zu Unternehmern werden, unsere moderne Großindustrie soll, so sagt man, auf Seiten der Vertreter der Gelben, eine neue wirtschaftliche Demokratie im Gewerbe werden. Auch die Industrie soll genau wie das Staatswesen demokratisiert werden, und dann fügt man hinzu: Das ist eine totale Verkennung des Wesens unserer Großindustrie, nicht die Massen sind es, die die Großindustrie von heute zur Blüte brachten und bringen, es ist nur ein Blick auf Kleinlichkeiten, wenn man lediglich das Massenhafte oder das tote Kapital in der Industrie sieht, hinter diesem Massencharakter und dem gesellschaftlichen Charakter, da sitzt erst das, was die Industrie ausmacht, die Tatkraft der einzelnen Männer, die diese Massen organisieren und dieser gesellschaftlichen Institution erst Leben einhauchen.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung verkennt diese Wahrheiten durchaus nicht. Diejenigen, die jene Theorie aufgestellt haben, die hier verworfen und angefeindet wird, das sind die Sozialdemokraten gewesen, und darin liegt gerade, ganz abgesehen von nationalen und religiösen Gedankengängen,

### der grundlegende Unterschied zwischen christlich-nationalen und sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung erkennt den Wert der Privatinitiative, die auf dem Privatbesitz an Produktionsmitteln aufbaut, durchaus an. Wer hat überhaupt den Riesenschritt geschaffen, den wir heute vor uns sehen? In erster Linie ist er das Werk der technischen Idee. Der Technik verdanken wir die neuen Werkstätten, die wir vor uns sehen. Die Fortschritte der Technik sind wieder zurückzuführen auf einzelne Menschen, auf ihr Streben. Es soll gewiß nicht gesagt werden, daß nicht auch die Massen an der Fortentwicklung der Technik beteiligt gewesen sind, insofern, als sie Antriebe dazu waren. Manche Lohnbewegung hat technische Fortschritte angeregt. Die Erfinder der neuen Arbeitsmethoden, das sind aber doch Einzelne gewesen. Was wäre die technische Idee aber ohne Kapital? Sie wäre unfruchtbar. Das Kapital ist es erst, was die technische Idee zur Anwendung bringt. Darin liegt die große volkswirtschaftliche Bedeutung, die das Kapital hat, und die wir ebensovienig verkennen. Wir verwerfen keineswegs schließlich den Kapitalismus und erkennen die gewaltige volkswirtschaftliche Bedeutung des Kapitalismus an, aber der Kapitalismus ist wiederum in sich tot, wenn nicht Geister dahinter stehen, sagen wir, wie der alte Krupp oder Thyssen u. a., die in ihrem Reich Autokraten sind bis zu einem gewissen



Grade. Ohne ihre private Initiative hätte auch das Kapital diese Lebendigkeit nicht zeigen können, die wir heute an ihm bemerken. Diese Bedeutung, daß hervorragende Einzelne die Massen übertragen und ihnen Führer sind, erkennt die christliche Arbeiterbewegung vollständig an. Aber die Frage heißt ja nicht, Individualismus oder Sozialismus, wie sie in der eingangs erwähnten Rede des Herrn Geheimrat Hugenberg formuliert worden ist. Auf diese einfache Formel läßt sich das Wirtschaftsleben nicht bringen. Man frage die Herren von der Industrie einmal selbst: Wenn der Individualismus es allein wäre, der die Schaffenskraft im heutigen Volksleben darstellt, wozu hätte man dann die 4000 Kartelle geschaffen, wozu ein Kohlsyndikat, wozu einen Stahlwerkesverband, wozu die Bemühungen, alle Außenleiter in diese Organisationen hineinzubringen? Das ist doch nicht alles reine Privatinitiative, da wird auch ein Teil der Privatinitiative geopfert auf dem Altare der Allgemeinheit, des Sozialismus im weitesten Sinne. Darum müssen wir sagen, nicht Individualismus oder Sozialismus, sondern

**Individualismus im Sozialismus und neben dem Sozialismus.**

Diesen Individualismus im Sozialismus haben wir in unserer Gewerkschaftsbewegung genau so wie bei den Unternehmern. Auch die Gewerkschaftsbewegung mit ihrer Lösung großer Probleme wird nicht in allem von den Massen gemacht. Die nationalen Tarifverträge, beispielsweise im Buchdrucker- und im Baugewerbe, schließen nicht die Massen ab, sondern die Beauftragten, die Führer; aber hinter ihnen steht das Verantwortlichkeitsgefühl, das sie gegenüber den Massen durch die Wahl haben, ein Verantwortlichkeitsgefühl, das nicht mit Denagodie erkaufte werden kann — das ist auch wieder einer der großen Unterschiede zwischen sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften — sondern ein Verantwortlichkeitsgefühl, das sich aufbaut auf die Erziehung der Massen zum Verständnis dessen, was die Führer tun. Niemand wird leugnen, daß die Führer in der Arbeiterchaft auch Individualitäten sind, die Werte geschaffen für die Arbeitermassen und für unsere gesamte Kultur, Individualitäten, die wert sind, daß die Unternehmer sie anerkennen und mit ihnen verhandeln. Wenn auf der einen Seite in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung der Individualismus in unserer Großindustrie vielfach verkannt wird, dann dürfen und müssen wir umgekehrt sagen, daß das Kapital den Individualismus verkennt, der in der Arbeiterbewegung steckt, und daß es ferner verkennt, daß vernünftig geleitete Organisationen die Träger der Gesamtentwicklung sein müssen.

**Gemeindeverwaltungen und Lebensmittelversorgung.**

Gegen die Fleischsteuerung haben zahlreiche größere Gemeindeverwaltungen mit gutem Erfolge die Mittel ergriffen, die ihnen von der Regierung angeboten wurden. Das von den Städteverwaltungen selbst oder durch ihre Vermittlung und unter ihrer Preiskontrolle von den Metzgern verkaufte Fleisch stellt sich erheblich billiger, als das von den privaten Metzgern angebotene. In mehreren Städten läßt sich infolge des Vorgehens der Verwaltung ein Sinken der allgemeinen Fleischpreise feststellen. Dieses Ergebnis beweist, daß bei gutem Willen ein gemeinsames Vorgehen von Regierung und Gemeinden wohl in der Lage ist, dem andauernden Steigen der Preise auf dem Lebensmittelmarkt mit Erfolg entgegenzutreten und die Verbraucher vor Ueberverteilung durch den Handel zu schützen.

Die Metzger haben im allgemeinen bei den Maßnahmen der Städteverwaltungen versagt; sicherlich nicht zu ihrem eigenen Vorteile. In vielen Städten haben sie sich geweigert, das ihnen von der Stadt angebotene Fleisch zu verkaufen, obwohl ihnen die Verwaltungen, wie beispielsweise die Düsseldorf Metzger eingestanden, weit entgegenkamen und der Verkaufspreis auch ihnen einen Verdienst gewährte, der durchaus angemessen erschien. Einige Metzger gehen mit ihren Preisen jetzt sogar unter die des städtischen Fleisches. Der Zweck dieser Uebung ist wichtiger zu erraten. Die Metzger möchten den Städteverwaltungen den Fleischverkauf verberben, um nachher die Verbraucher wieder ungestört überverteilen zu können. Daß der Viehhandel hinter diesem Treiben steckt, kann nicht bezweifelt werden; sind doch viele Metzger derart in eine geldliche Abhängigkeit vom Viehhändler geraten, daß sie dessen Wünschen gehorchen zu folgen haben.

Schon allein diese Tatsachen weisen darauf hin, daß das Vorgehen der Gemeinden hinsichtlich der billigen Fleischbeschaffung kein vorübergehendes sein darf; es muß sich vielmehr auch auf andere Sorten der Nahrungsmittel ausdehnen. Es kommt darauf

an, daß Regierung und Gemeinden die Lebensmittelversorgung und die Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt nicht mehr aus der Hand geben und sie nicht wieder ausschließlich dem privaten Handel überlassen. Das liegt eine der dringenden sozialen Aufgaben für Regierung und Gemeindeverwaltung. Auch bei der Beratung der Fleischsteuerung im preussischen Abgeordnetenhaus wurde von fast allen Rednern, namentlich von den Ministern, ausgesprochen, daß die Gemeinden die Pflicht hätten, sich in der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung dauernd zu betätigen.

Diese Meinung scheint jedoch bei manchen Stadtverwaltungen nicht zu herrschen. Das geht hervor aus einer Erklärung, die jüngst der Vorstand des deutschen Städtetages erließ. Er kritisiert darin unsere deutsche Wirtschaftspolitik und lehnt es ab, daß die Städte wieder gut machen sollen, was das Reich angeblich schlecht gemacht hat. Er erblickt eine Gefahr für die deutschen Städte darin, daß ihnen die Durchführung der von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen überlassen bleibt. Er lehnt jede Verantwortung für den Erfolg der städtischen Maßnahmen ab. Um eine dauernde Entlastung des deutschen Fleischmarktes zu erzielen, verlangt der Vorstand des deutschen Städtetages eine Aufhebung, bezw. Milderung des § 12 des Fleischhaugesetzes, um die Einfuhr des überseeischen Gefrierfleisches zu ermöglichen. Auf dem preussischen Städtetag wurden ganz dieselben Gedanken vertreten. Und der Vorstand des Reichsverbandes deutscher Städte sagt mit aller Deutlichkeit, „daß es nicht als Aufgabe der deutschen Städte anzusehen ist, dauernd in die Preisgestaltung der Lebensmittel einzugreifen“.

Wir sind mit dem Vorstande des deutschen Städtetages für eine Aenderung des § 12 des Fleischhaugesetzes; jedoch aus andern Gründen als er. Eine dauernde Entlastung des deutschen Fleischmarktes kann das überseeische Gefrierfleisch unmöglich bringen; wer das meint, macht sich kein richtiges Bild von den Ansprüchen des deutschen Fleischverbrauchers. Aber die Städteleiter erheben die Forderung in der Hauptsache deshalb, um sich ihrer Pflichten in der Lebensmittelversorgung zu entziehen. Die Leiter unserer großen Gemeinwesen sind durchweg der Ansicht, daß das Gebiet der Lebensmittelversorgung ausschließlich dem privaten Geschäft gehöre und daß die städtischen Maßnahmen bei außerordentlichen Notzeiten immer nur Ausnahmen sein dürften; sonst möchte man in den „kommunalsozialismus“ hinein, und das sei doch etwas „Fürchterliches“. Der alte, vulgäre Liberalismus steckt den Städteverwaltungen vielfach noch tief in den Knochen, sagt der Straßburger Professor Spahn ganz richtig. „Das sind noch ganz dieselben liberalen Städteverwaltungen, gegen deren engherzige, unduldhame, parteipolitisch befangene Schulpolitik unsere Väter den schweren Kampf führen mußten und die sich heute jeder wahrhaft sozialgemeintem kommunalen Fürsorge für die Ernährung unserer Bevölkerung aus der gleichen Befangenheit entgegenzustimmen anschiden.“ Und diese „unduldhame, parteipolitisch befangene Schulpolitik“ wird gestützt von dem großen Einflusse, den heute die Kreise des Handels, dank eines ungerechten und unsozialen Wahlrechtes, auf zahlreiche großstädtische Verwaltungen auszuüben vermögen, wobei die Interessen des kleinen Mannes und die wahrhaft großen sozialen Gesichtspunkte in der Regel zu kurz kommen. Sogar kann man heute bei großstädtischen Verwaltungen der Meinung begegnen, es sei an der Zeit, die Gemeinden von der „verderblichen Höhe“ ihrer sozialen Betätigung zurückzurufen und die Grenzen enger zu ziehen und demütlicher zu zeichnen, die die Gemeinden in der Sozialpolitik nicht ungefragt überschreiten dürfen. Man lese den Aufsatz über „Einiges Grundgesetzliche zur kommunalen Sozialpolitik“, den der Beigeordnete der Stadt Düsseldorf, Dr. Otto Rost, im Oktoberheft von Conrads Jahrbüchern veröffentlicht. In einzelnen Teilen und in seiner ganzen Richtung vertritt der Aufsatz eine Meinung über die Gemeindepolitik — auch über die Aufgaben der Gemeinden in der Lebensmittelversorgung — die wir für sehr gefährlich und recht unsozial halten.

Sicherlich haben die Gemeinden gerade in der Lebensmittelversorgung infolge der Interessengegensätze der Bürger unter einander sehr viele Schwierigkeiten zu beheben, aber diese dürfen doch kein unüberwindliches Hindernis sein, wenn es sich um die Erhaltung der Volkskraft, um die Ernährung der Bevölkerung handelt. Die Bestrebungen um eine gute Ernährung des Volkes bilden schließlich den Kardinalpunkt der sozialen Betätigung. Es ist gar nicht notwendig, daß bei dieser Betätigung die berechtigten Interessen des Handels und der Gewerbetreibenden zu kurz kommen, aber wo die gute Ernährung weiter Schichten der Bevölkerung in Frage steht, da fängt für die Gemeinden die Pflicht an, rücksichtslos zuzugreifen. Sie sind die berufenen Faktoren, die Bevölkerung vor einer Ueberverteilung durch Handel und Gewerbe in der Lebensmittelversorgung zu schützen und die Ernährung der Bevölkerung zu einem Preise zu ermöglichen, der nicht an allen Ecken und Enden zur Einkämpfung zwingt. Sicherlich haben auch Regierung und Provinzialbehörden zu helfen, aber die praktische Durch-

führung der Maßnahmen wird in der Hauptsache den Gemeinden überlassen bleiben müssen, weil die Verhältnisse doch in den einzelnen Orten so außerordentlich verschieden gelagert sind und jede einzelne Stadtverwaltung am besten selbst das für die speziellen Zwecke Notwendige und Brauchbare herausfinden kann.

Mit Recht sagt Professor Spahn: „Die Teuerung läßt sich nun und nimmer, wie oft auch das Gegenteil behauptet wird, auf eine allen nationalen Interessen gerecht werdende Weise durch das Mittel der Gesetzgebung und durch vorsichtige staatliche Maßnahmen beheben. Sie ist, soll die Abwehr wirksam werden, total zu behandeln, weil die Preisbildung an jedem Orte wieder einer anderen Kombination preisbildender Faktoren unterliegt, und sie muß auf dem Verwaltungswege, nicht bloß gesetzgeberisch beeinflußt werden. Die Gesetzgebung kann zwar gewisse Dienste leisten, gewisse Hindernisse aus dem Wege räumen; positive Erfolge können nur durch behördliche Eingriffe, d. h. in vorbestimmter Reihe durch Eingriffe der Gemeindeverwaltungen, erst danach der Provinzial- und Staatsbehörden unter Beachtung wirtschaftlicher Körper- und Genossenschaften erreicht werden.“

Es geschieht durchaus nichts neues, wenn die Gemeinden die Lebensmittelversorgung in die Hand nehmen. Im Mittelalter, bis weit in die neue Zeit hinein, haben die Gemeindebehörden die Beachtung gerade dieses Gebietes zu ihren vornehmsten Aufgaben gerechnet. „Nur das 19. Jahrhundert“, sagt Spahn, „hat unter dem Gebot des manchesterlichen Liberalismus sich verhalten lassen, Obrigkeit und wirtschaftlichen Korporationen zu wehren, daß sie sich um die Preisbildung bekümmern. Zu allen andern Zeiten hat die Sorge für die Lebensmittelpreise zu den ersten Sorgen der Obrigkeit wie der wirtschaftlichen Korporationen gehört.“

Aufgabe unserer Leute ist es, auf die Parteien in den Gemeindevertretungen und auf die Gemeindeverwaltungen selber einzuwirken, daß diese die Lebensmittelversorgung und die Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt nicht mehr ganz aus der Hand geben, daß diese Dinge nicht wieder ausschließlich dem privaten Handel überlassen bleiben. Dann kommen wir aus den Teuerungen nicht mehr heraus. Die Sache ist jetzt einmal angegriffen worden, sorgen wir dafür, daß sie nicht wieder zur Ruhe kommt, bis sie zu unserer Zufriedenheit erledigt ist.

**Die Sozialversicherung in Europa.**

Nachdem die soziale Versicherungsgebung, namentlich in den letzten zwei Jahren, in Deutschland, Großbritannien, Luxemburg und der Schweiz wesentlich weitere Fortschritte gemacht hat, dürfte eine Uebersicht über den nunmehrigen (Mitte 1912) Stand derselben in den verschiedenen Staaten Europas von hohem Interesse sein. (Vergl. Sonderbeilage zum Reichsarbeitsblatt 1912, Nr. 9.) Diese ergibt heute folgendes Bild:

**1. Krankenversicherung.**

Deutschland hat das System der Zwangsversicherung für alle Arbeiter und Angestellte, letztere mit Jahresgehalt bis zu 2500 Mark, sowie Hausgewerbetreibende. Form: örtliche Krankenkassen auf Gegenseitigkeit mit Selbstverwaltung. Daneben Ersatzkassen. Von den Beiträgen werden zwei Drittel von den Arbeitern, ein Drittel vom Arbeitgeber bezahlt. An Leistungen werden gemährt auf 26 Wochen freie Kur und Krankengeld (50 Proz. des Durchschnittslohnes) oder freie Krankenhauspflege und halbes Krankengeld für Angehörige (Hausgeld). Wöchnerinnen erhalten ein gleiches für acht Wochen. Das Sterbegeld beträgt den zwanzigfachen Tagelohn. Außerdem ist eine Erweiterung dieser Mindestleistungen durch Statut zulässig. (Genehmigungsfürsorge, Hebammendienste, ärztliche Geburtshilfe, Schwangerengeld, Stillgeld, Familienhilfe etc.)

In Oesterreich besteht eine Zwangsversicherung für Arbeiter und Betriebsbeamte im Gewerbe und eine freiwillige Versicherung für Landwirtschaft und Hausindustrie. Die Beitragsleistung geschieht wie in Deutschland. Die Leistungen sind ebenfalls ähnlich wie bei der deutschen Versicherung, nur daß die Unterstützungsdauer 20 Wochen, die Wöchnerinnenunterstützung vier Wochen und das Krankengeld 60 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes beträgt.

In Ungarn unterstehen der Zwangsversicherung die im Gewerbe und Handel Beschäftigten mit einem Jahres-einkommen bis zu 2000 Mark. Freiwillig versichern können sich die Arbeiter in der Landwirtschaft, Hausindustrie, Hausdienst und sonstige Versicherungspflichtige.

Italien kennt eine Zwangsversicherung nur für Arbeiterinnen im Alter von 15-50 Jahren, im übrigen besteht die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung, und zwar für Arbeiter aller Berufe. Zu den Beiträgen der Versicherten leistet der Staat keinen Zuschuß. Die Kassen gewähren nur Krankengeld und Sterbegeld, nicht Arzt- und Anstaltspflege. Frankreich besitzt eine Zwangsversicherung nur für die Bergarbeiter, und zwar bis zu 2000 Mark Jahresverdienst; sonst gibt es nur eine freiwillige Versicherung. Gewährt wird Kranken- und Sterbegeld, ähnlich wie in Italien. Auch Belgien hat nur eine freiwillige Versicherung. Die Kassen gewähren neben Kranken- und Sterbegeld meist auch Arzt- und Heilmittel.

Zwangsversicherung, und zwar für alle Arbeiter und Angestellte (letztere mit Jahresgehalt bis 3264 M.), hat durch Gesetz vom 16. Dez. 1911 nunmehr auch Großbritannien. Form: staatlich zugelassene Vereine und Postkassen. Beiträge: Staatszuschuß, Arbeiter männlich 33 Pfg., weiblich 25 Pfg., Arbeitgeber 25 Pfg., Staat 17 Pfg. wöchentlich. Die Leistungen bestehen in freier ärztlicher Behandlung und Arzneien, Krankengeld bis zu



# Welche Ortsgruppe

ist noch mit den Vorbereitungen für die in Elberfeld beabsichtigte Agitation zurück? Keine Ortsgruppe darf sich dem Beschlusse der Generalversammlung entziehen!

26 Wochen, Invalidenrente, Mutterschaftsunterstützung (M. 30, 50) für versicherte Mütter und nicht versicherte Ehefrauen versicherter Männer, freie Heilkräftenbehandlung. Erweiterung dieser Regelleistungen zulässig.

Eine bemerkenswerte Regelung hat Norwegen getroffen. Der Zwangsversicherung sind hier unterworfen Arbeiter und Angestellte aller Berufszweige mit Jahresverdienst bis zu 1575 Mark (Stadt) und 1350 Mark (Land). Eine freiwillige Versicherung besteht für Nichtversicherungspflichtige mit einem Jahresverdienst bis zu 1125 Mark in der Stadt und 900 Mark auf dem Lande. Auch Nichtarbeitern steht die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung offen, wenn ihr Vermögen in der Stadt nicht höher ist als 11250 Mark und auf dem Lande 7875 Mark. Eine freiwillige Versicherung haben Schweden, Dänemark, Finnland, Spanien, die Niederlande, die Schweiz, eine Zwangsversicherung wiederum Luxemburg und Serbien für alle Arbeiter in Gewerbe und Handel; erstere auch für Angestellte bis zu 2400 Mark.

## Das neue Jahrbuch.

Eine Inhaltsübersicht.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften ist den Anhängern unserer Bewegung, namentlich aber unseren führenden und vorwärtstrebenden Mitgliedern, ein guter Berater und ein Lehrer für die Vertiefung des gewerkschaftlichen Gedankens geworden. Es ist keine Uebertreibung, wenn gesagt wird, daß das Jahrbuch unter den literarischen Erzeugnissen der christlichen Gewerkschaften einen hervorragenden Platz einnehme. Das gilt auch von dem eben erschienenen Jahrbuch für 1913, das seinem bildenden und belehrenden Zweck in vorzüglicher Weise gerecht wird.

In der äußeren Aufmachung hat es, wie seine Vorgänger, ein recht geschmackvolles, handliches Taschenformat angenommen. Sein Inhalt beginnt, nachdem die üblichen kalendrischen Uebersichten über die katholischen und evangelischen Fest- und Namenstage gegeben sind, mit einem „Geschichtskalender“, in dem die wichtigsten Begebenheiten aus unserer Gesamtbewegung und aus den einzelnen christlichen Berufsverbänden vom Jahre 1893 an bis zum Dresdener Kongreß der christlichen Gewerkschaften in zeitlicher Aufeinanderfolge aufgeführt sind. So fehlt auch keine der bedeutenderen Begebenheiten aus unserem christlichen Textilarbeiterverbande. Einen guten Einblick in den Stand und die Entwicklung der Gesamtbewegung gewährt der mit reichem Tabellenwerk ausgestattete Artikel über „die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911“. Der Aufsatz behandelt die Entwicklung der Mitgliederzahlen, der Massenverhältnisse, ferner die Beitragsleistung in den einzelnen Verbänden, die Lohnbewegungen, Tarifabschlüsse und endlich die Ausgaben für die verschiedensten Unterstützungszwecke. In diesem Aufsatz ist alles zusammengefaßt, was für die rein organisatorische Entwicklung und Einrichtung der christlichen Berufsorganisationen von Belang ist, und zwar ist die Entwicklung auf mehrere Jahre zurück verfolgt.

Ein vorzüglicher Artikel über „Wesen und Werden der christlichen Gewerkschaften“ deckt zunächst die tieferen Gründe auf, die die christlichen Arbeiter veranlassen, eigene Organisationen zur Vertretung ihrer Berufsinteressen zu gründen. Er verdeutlicht aber auch die Grundsätze und die Organisationsform der christlichen Gewerkschaften gegenüber dem „Berliner“ Fachabteilungssystem und kommt zu dem Schlusse, daß die christlichen Gewerkschaften eine wirtschaftliche, soziale und staatliche Notwendigkeit geworden sind, und daß keine anderen Organisationen sie zu ersetzen vermögen. Im Anschluß daran behandelt ein folgender Artikel „die kulturellen Werte der christlichen Gewerkschaftsarbeit“. Wir möchten das Interesse unserer Mitglieder besonders auf diesen Aufsatz lenken. Er stellt zunächst die Frage: Wie sah der Arbeiter innerlich, in seinem Geistes- und Kulturleben, aus, ehe die Arbeiterbewegung anhub und in Gang kam? Und nachdem die Antwort gegeben ist, wird die weitere Frage gestellt: Was hat, was will, was hofft die christliche Arbeiterbewegung, also Arbeitervereine und Gewerkschaft und jegliche Kraft der Arbeiterwelt zusammengekommen, aus dem Arbeiter zu machen? Wie heißt das Ideal, an dem sie bauen, das Ideal, das schon fröhlich in die Welt der Wirklichkeit hineinwächst? Und dann führt uns der Aufsatz hinein in die Welt unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit, zu den Höhen unserer Ideale, denen wir nachstreben. Der Aufsatz vertieft und begeistert.

Der folgende Artikel: „Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Arbeiter- und Jugendvereinen“ beschränkt sich nicht auf eine theoretische Darstellung der verschiedenen und gemeinsamen Tätigkeitsgebiete dieser Vereine, sondern, er gibt auch eine Menge praktischer Winke dafür, wie die Vereine sich gegenseitig stärken und helfen können.

Ein Aufsatz über „Die Gelben“, die in dem letzten Jahre mehr von sich reden machen als gut und dem Ansehen der deutschen Industrie und der deutschen Arbeiterschaft förderlich ist, fehlt in dem neuen Jahrbuche nicht. Geschichte, „Programm“, Verfassung und Tätigkeit der gelben Vereine ist anschaulich geschildert.

Leider haben wir innerhalb der christlichen Arbeiterschaft über mangelhaftes Verständnis für die Bedeutung und Wichtigkeit der sozialen Wahlen zu klagen. Das kommt in der schlechten Wahlbeteiligung unserer Seite und in manchem Siege unserer Gegner zum Ausdruck. Wer den Artikel

im neuen Jahrbuche über „Soziale Wahlen und Arbeiterbewegung“ mit Bedacht gelesen hat, wird den Wert der sozialen Wahlen mehr zu schätzen wissen und sich in Zukunft mehr der Agitation für solche Wahlen widmen. — Der Aufsatz: „Das studentische Arbeiterunterrichtswesen“ führt den Leser in dieses außerordentlich wichtige Gebiet der sozialen Erziehungs- und Verschönerungsarbeit ein. Mögen unsere Mitglieder allenthalben aus diesem Aufsatz nicht bloß den Wert der studentischen Arbeiterkurse, sondern auch ihre Pflicht erkennen, die sie diesen gegenüber haben. — Schließlich macht das Jahrbuch mit dem Leser noch einen Rundgang durch die soziale Gesetzgebungsarbeit unserer Reichs- und Staatsparlamente.

Es folgen dann noch einige kleinere Artikel aus den verschiedensten Wissensgebieten, ein Normalstatut für Soziale Ausschüsse und ein Normalstatut für Bezirks- und Ortskartelle. Das in dem neuen Jahrbuch enthaltene Schema zur Führung einer Haushaltsrechnung möchten wir den Mitgliedern zum Gebrauch dringend empfehlen. Mit einem ziemlich umfangreichen Notizkalender schließt das Jahrbuch.

Es kann sich seinen Vorgängern würdig an die Seite stellen. Es ist in jeder Beziehung auf der Höhe. Allen bildungshungrigen Mitgliedern kann das neue Jahrbuch eine wertvolle Bildungsquelle sein. Möge sie von unseren Mitgliedern reichlich benutzt werden.

## Die Verbreitung der Arbeiterinnenvereine.

(Siehe die vorhergehenden Artikel: Die Statistik der Kolleginnen.)

Den letzten, aber nicht den unwichtigsten Teil der Umfrage bilden die Erhebungen über das Verhältnis der konfessionellen Arbeiterinnenvereine bzw. der Jungfrauenvereine zu unserem Verbande. Es ist schon oft gesagt worden, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen zwecks religiöser und staatsbürgerlicher sowie auch hauswirtschaftlicher Schulung notwendigerweise ihren konfessionellen Ständevereinen angehören sollen. Nun sind ja die Verhältnisse im weiten deutschen Vaterland verschieden. Nicht überall, wo die christliche Gewerkschaft schon Fuß gefaßt hat, befinden sich konfessionelle Vereine. Und umgekehrt finden sich Orte mit guten, vielleicht sogar alten konfessionellen Vereinen, doch es sind in denselben gewerkschaftliche Fragen nie behandelt worden. In den konfessionellen Arbeiterinnenvereinen kann allerdings die Gewerkschaftsbewegung nicht umgangen werden. Weit mehr verbreitet sind die viel älteren Jungfrauenvereine; in diesen kommt die Gewerkschaftsfrage nur in den allergeringsten Fällen zur Geltung. Das erklärt sich aus zweierlei Gründen; zunächst sind Jungfrauenvereine spezifisch kirchliche Gemeinschaften mit fast ausschließlich religiösen Zielen, dann aber setzen sie sich aus den verschiedensten Berufsständen zusammen, so daß die Arbeiterinnen kaum eine Vorzugsstellung und besondere Berücksichtigung finden könnten. Diese Tatsachen sind bei der Betrachtung dieses Teiles von wesentlichem Belang.

Daß die Arbeiterinnenvereinsbewegung noch ziemlich neu ist, geht schon daraus hervor, daß nur an 69 Orten, an denen auch unser Verband vertreten ist, solche bestehen, während sich unser Verband doch auf rund 287 Ortsgruppen erstreckt. In diesen 69 Orten finden sich 64 katholische und 24 evangelische Arbeiterinnenvereine; ein Hinweis darauf, daß wohl die katholischen Ständevereine im Vordergrund stehen, daß aber auch die evangelische Arbeiterinnenvereinsbewegung erfreulicherweise marschiert.

Wenn wir das Ergebnis aus den einzelnen Bezirken betrachten, dann sehen wir, daß drei derselben eine hervorragende Stellung einnehmen.

In erster Linie ist es Baden; dort finden sich in 11 Orten 12 Arbeiterinnenvereine, eine überaus erfreuliche Erscheinung! Krefeld und Bayern sind mit je 11 Vereinen in 10 Orten vertreten. Dann folgt Sachsen-Thüringen mit 11 Vereinen an 7 Orten; bemerkenswert ist hierbei, daß dieser Bezirk die meisten der gezählten evangelischen Arbeiterinnenvereine aufweist, 7 an der Zahl. Das ist wieder ein deutlicher Beweis, daß Sachsen noch lange nicht so rot ist wie es scheint. Es kommen dann 4 Bezirke, welche in je 4 Orten Arbeiterinnenvereine haben; da ist zunächst Barmen mit 8, Schlesien mit 7, Württemberg mit 6 und Straßburg i. E. mit 4 Vereinen. Der Bezirk Hannover zählt in 3 Orten 5 Vereine, darunter 3 evangelische.

In sämtlichen Bezirken haben wir Orte, wo sich Arbeiterinnenvereine finden. Diese Tatsache ist äußerst wertvoll, und wir können vom Standpunkte der christlichen Gewerkschaft aus nur lebhaft wünschen, daß die konfessionelle Arbeiterinnenvereinsbewegung weitere Fortschritte macht.

Wir erkennen auch die Tätigkeit der katholischen und evangelischen Jungfrauenvereine vollständig an; schaffen sie doch zunächst die hohen sittlichen Werte. Muß sich doch der christliche Gewerkschaftsgedanke vorwiegend auf den Fundamenten aufbauen, die die Jungfrauenvereine legen, namentlich bei den Arbeiterinnen. Und wenn die sogenannte „freie“ Gewerkschaftsbewegung die Sittenverehrung der Arbeiterinnen bis aufs äußerste treibt — oft die jahrelange Erziehung in den Jungfrauenvereinen untergräbt — ist es da nicht an der Zeit, daß sich christliche Gewerkschaft und Jungfrauenvereine in den Schutz und die Erziehung der Arbeiterinnen teilen? Alle Zeichen sprechen dafür, wie notwendig es ist, daß sich Jungfrauenvereine und christliche Gewerkschaften gegen-

seitig unterstützen müssen in der Heranbildung eines starken Frauengeschlechtes.

Die Jungfrauenvereine sind fast in allen Bezirken unseres Verbandes zahlreicher wie die Arbeiterinnenvereine. Es bestehen an 191 Orten insgesamt 249; davon sind 164 katholische und 85 evangelische Jungfrauenvereine. Die Verteilung auf die einzelnen Bezirke bietet ein interessantes Bild.

Allen voran ist es Barmen mit 54 Vereinen; davon sind 32 katholisch und 21 evangelisch und sind das die höchsten der ermittelten Zahlen in den einzelnen Bezirken. Die nächste hohe Angabe weist M.-Glabach auf mit 27 Jungfrauenvereinen; davon sind 22 katholisch. Der Bezirk Sachsen-Thüringen steht an dritter Stelle; er zählt im ganzen 25, davon 15 evangelische Jungfrauenvereine. Dann folgt Krefeld mit 24 Vereinen, die bis auf 2 katholisch sind. Ein anderes Bild zeigt Württemberg mit 23 Jungfrauenvereinen; hier sind die evangelischen Konfessionen überwiegend und nimmt Württemberg mit 20 evangelischen Jungfrauenvereinen in unserer Aufstellung die zweite Stelle ein. Dann folgen noch Aachen mit 17, Baden mit 16 und Bocholt-Gronau mit 14 Vereinen insgesamt. Die ungenannten Bezirke bleiben unter der letzten Zahl.

Alles in allem treffen auf unser Verbandsgebiet mit 287 Ortsgruppen 337 konfessionelle Vereine, deren Wirken für die Arbeiterinnen von großer Bedeutung ist.

## Allgemeine Rundschau.

Christliche Gewerkschaften und Konsumvereine. Bekanntlich hat der Dresdener Kongreß der christlichen Gewerkschaften mit allen gegen einige, ganz wenige, Stimmen eine Resolution angenommen, in der die Mitglieder auf die dem westdeutschen Verbands angeschlossenen Konsumvereine empfehlend hingewiesen werden. Dagegen hat nun der Vorstand und Verwaltungsrat des Verbandes katholischer kaufmännischer Vereine folgende Erklärung in der Presse erlassen:

„Der kaufmännische Mittelstand, insbesondere die Mitglieder der katholischen kaufmännischen Vereine haben stets sowohl die katholischen Arbeitervereine als auch die christlichen Gewerkschaften nach Möglichkeit gefördert und ihren auf Hebung des Arbeiterstandes gerichteten Bestrebungen wohlwollend gegenüberstanden. Umfomehr bedauern diese Kreise, daß die christlichen Gewerkschaften durch Einbeziehung der Konsumgenossenschaftsidee in ihrem Programm eine Aufgabe übernehmen, die völlig aus dem Aufgabenkreis der Gewerkschaften herausfällt und auch in keiner Weise der Erreichung des Gewerkschaftszieles förderlich sein kann. Diese Auffassung wird selbst in den Reihen der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften vertreten, die deshalb auch weder mit dem Inhalt der in Dresden gefaßten Resolution, noch auch mit der Art und Weise, wie diese ein- und zur Abstimmung gebracht wurde, einverstanden sind. Die Konsumgenossenschaft kann das Eintreten der Mitglieder keineswegs kaufkräftiger gestalten, weil nachgewiesen ist, daß der Konsumverein nicht in der Lage ist, billiger zu liefern als der Kleinhändler. Ebenso ist es durchaus unzutreffend, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung in irgendeiner Weise eher in der Lage wäre, Preiskonventionen entgegenzuwirken, als die organisierte Kleinhandlung. Die Dresdener Resolution ist aber vor allem um der Grundidee der christlichen Gewerkschaft willen auf das Lebhafteste zu bedauern. Die christlichen Gewerkschaften lehnen grundsätzlich die sozialistische Klassenkampfidee ab. Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist aber in ihrer Wirkung nichts anderes, als der Wegbereiter der Sozialdemokratie. Aus diesem Grunde schließen sich christliche Gewerkschaft und Konsumgenossenschaftsbewegung einander grundsätzlich aus, und ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkte der Verband westdeutscher Konsumvereine in Wilhelm (Rhein) nicht anders zu bewerten als der Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg.“

Was der Vorstand und Verwaltungsrat der katholischen kaufmännischen Vereine hier gegen die Konsumvereine überhaupt vorbringt, ist nicht neu und bedarf keiner Widerlegung. Die Arbeiter sind mit der Zeit selbst so klug geworden, den Wert ihrer Konsumvereine gegenüber den privaten Geschäften ohne den Rat der kaufmännischen Vereine zu erkennen. Ebensovienig werden die christlichen Gewerkschaften des Rats dieser Kreise darüber bedürfen, ob die Empfehlung der Konsumvereine mit dem Programm der christlichen Gewerkschaften vereinbar und diesen förderlich ist. Was der Vorstand und Verwaltungsrat der katholischen kaufmännischen Vereine da sagt, er bedauere die Dresdener Resolution um der Grundidee der christlichen Gewerkschaften willen, denn diese lehnten den Klassenkampf ab, die Konsumvereine aber seien Wegbereiter der Sozialdemokratie, ist so albern, daß wir darüber kein Wort verlieren möchten.

Die christlichen Gewerkschaften haben in Dresden nichts anderes getan, als ihre Mitglieder empfehlend auf die auf nationaler Grundlage beruhenden Konsumvereine hingewiesen. Damit haben sie die Konsumgenossenschaftsidee noch längst nicht in ihr Programm aufgenommen. Das Programm der christlichen Gewerkschaften bleibt darum ganz wie es war. Ihre Stellung zu den Konsumvereinen ist immer freundlich und förderlich gewesen. Und in Dresden erneut auf die Konsumvereine nationaler Richtung hinzuweisen, war ihr Recht und angeht die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt ihre Pflicht. Wenn der private Handel seine Aufgaben in der Lebensmittellieferung gelöst hätte, würde diese nicht zu einer förmlichen Katastrophe geworden sein. Sollen die christlichen Gewerkschaften ruhig zusehen, wie die Arbeiter vom privaten Handel übervorteilt werden, wie durch fortwährende, zum Teil unberechtigte Steigerungen der Nahrungsmittel die Erfolge der Gewerkschaften immer mehr geschmälert werden, wie sich die Lebenshaltung und Ernährung vieler Arbeiterschichten immer mehr verschlechtert? Haben nicht die immer wiederkehrenden



Lebensperioden bringend genug auf alle diese Dinge hingewiesen, gegen die die Konsumvereine zwar nicht das Mittel, aber doch ein sehr gutes Mittel sind? Opfert der private Handel etwa seine Interessen aus Liebe zu den Arbeitern? Sollen die christlichen Gewerkschaften endlich ruhig zusehen, wie die Arbeiter den sozialdemokratischen Konsumvereinen zustromen, daß die Arbeiter durch den Eintritt in die sozialdemokratischen Konsumvereine schließlich für unsere christliche Bewegung verloren gehen und die Macht einer Partei stärken, die die Todfeindin unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung, unserer Weltanschauung und unserer nationalen Ideale ist?

Die christlichen Gewerkschaften müssen aus materiellen und ideellen Gründen die Konsumvereine fördern. Wenn sie dadurch das „Wohlwollen“ und die „Unterstützung“ der katholischen kaufmännischen Vereine verlieren sollten — sei's drum! — daß die christlichen Arbeiter ihre Interessen preisgeben sollen, um das Wohlwollen der katholischen kaufmännischen Vereine zu erhalten, ist eine zu starke Zumutung. Unsere Bewegung wird auch ohne dieses Wohlwollen nicht rückwärts gehen.

**Kulturelle Werte christlicher Gewerkschaftsarbeit.**

So überschreibt sich ein stimmungsvoller Artikel in dem soeben erschienenen Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1913, worin einleitend darauf hingewiesen wird, daß die materielle Hebung des Arbeiterstandes nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck ist. „Der Endzweck liegt bei den christlichen Gewerkschaften sowohl wie bei den konfessionellen Arbeitervereinen, dem anderen Arm der allgemeinen christlich-nationalen Arbeiterbewegung, in der kulturellen Höherstellung des Arbeiterstandes. Der Arbeiterstand soll materiell gehoben werden, um sich eine soziale Position erringen zu können, für die er zugleich geistig und sittlich herangeschult wird. Das ist, in weitesther Umschreibung, das Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.“ Und an anderer Stelle würdigt der Verfasser die kulturelle Bedeutung christlicher Gewerkschaftsarbeit mit folgenden Worten:

„Wir bewundern heute den mächtigen Bau und das feste Gefüge der christlichen Arbeiterkraft. Hunderttausende sind zusammengewachsen zu einer Masse, die ein innerer Kitt verbindet, der Wille zu einem Ziele. Ohne diesen kraftvollen lebendigen Bau gäbe es noch kein Stück von jenem Arbeiter-Ideal in der Welt der Wirklichkeit. Denn erst diese vereinigte Masse konnte schaffen, konnte formen, konnte den Arbeiter gebären. Wenn ist es gelungen, diese jugendliche Masse, diese gewaltige Schöpferkraft ins Dasein und ins Leben zu rufen? Wer hat das Meisterstück verstanden, aus jenen zerstreuten Stücken einer sterbenden Zeit, die sich damals schon Arbeiter nannten, jene große, lebendige, schaffende Seele zu formen, die jetzt an der Umgestaltung der Arbeiterwelt, an einem neuen Inhalt des Typus „Arbeiter“ arbeitet? Müßen wir nicht eingestehen, daß das Verdienst daran hauptsächlich der Gewerkschaftsbewegung zuzuschreiben ist...“

Und welche Energie steckt in diesen Massen? Das ist nicht mehr der gedrückte, hoffnungslose, fatalistisch sich ergebende Arbeiter von ehedem. Der neue Arbeiter hofft, versucht, arbeitet, ringt, hat Ziele, erschöpft Mittel, läßt nicht mehr locker. Selbst Niederlagen, schlimme Zeiten, Feinde ringsum werfen ihn nicht mehr nieder, sie spannen ihn nur zu desto zäherer Kraftentwicklung. Das ist eine Bewegung nicht mehr nach unten in den Abgrund, sondern nach oben, zum Aufstieg, zur Höhe! Wieder gebührt auch hier der Gewerkschaft die Palme! Sie erkletterte zuerst den Turm des Erfolges; als sie oben stand, da winkte sie und zog empor ganze Scharen, die mutbegeistert ihr leichteren Herzens folgten.“

„Die Volksgenossen“. So nennt sich eine neue Zeitschrift. Sie ist für Studenten und Arbeiter. Sie soll das Organ der heimatischen Arbeiterkurse sein und wird herausgegeben vom Sekretariat sozialer Studentenarbeit in M.-Stadbach.

Was die neue Zeitschrift will, wird in dem Einführungsartikel „Zur Ausfahrt“ näher dargelegt. Einleitend wird darauf hingewiesen, daß man sich bislang nur an die Studenten gewandt habe, man habe sie aufgerufen zur sozialen Pflichterfüllung. Und sie seien gekommen mit „leuchtenden Augen und heißen Herzen“, mit „jubelndem Mute“ zur Arbeit.

„Allem voran hob sich das Interesse für die christlich-nationalen Volksgruppen des Vaterlandes. Was lagen da noch für Schätze aufgespeichert staatsbildende Kraft, völkischer Eigenart, religiöser Ideale! Was für Opfer wurden da Tag für Tag für vaterländische Ueberzeugung und christlichen Lebenswillen gebracht, ungelebene Opfer! Die Jugend, die von den Unversitäten kam, hörte und sah und erlebte das alles nun aus der Nähe. Sie lernte die Organisationen dieser Gruppen kennen: konfessionelle Arbeitervereine, christliche Gewerkschaften, wirtschaftliche Ständezusammenschlüsse, erzieherische Jugendvereine, und wurde in ihnen heimisch.“

So stehen heute neue jugendliche Scharen bereit da, im Angesichte des Vaterlandes mit den Brüdern und Schwestern der handarbeitenden Volksklassen den heiligen Bund zu schließen.

Für diese Gemeinsamkeit des Denkens und Handelns zu werben, ist Aufgabe dieser Blätter. Sie wenden sich an die Mitglieder der handarbeitenden Klassen als an „Volksgenossen“, als an Glieder des gleichen Volkes, als an Ideen- und Kampfgenossen. Drunten in den Schluchten und Tälern, in den Städten und Fabriken, zwischen den Schloten, am Webstuhl, im Bureau, am Ackerpflug und auf der Tenne werden sie das Wort „Ein Volk“, das sie alle, Männer und Frauen der Handarbeit, zu uns ruft. Die „Sozialen Studentenblätter“ begannen und werden fortfahren, Propaganda für unsere Ideen unter der Jugend der gebildeten und besitzenden Stände zu treiben. Den

„Volksgenossen“ obliegt die gleiche Arbeit im breiten Volkstum.

Damit ist ihr Aufgabengebiet parallel zu dem der „Sozialen Studentenblätter“ gezeichnet. Haben wir dort junge Gebildete gemahnt, ihrer Pflichten zu gedenken, und ihnen erst in die Seele geredet, haben wir ihnen dort Mittel gewiesen und sie methodisch unterrichtet, wie sie den Weg zur neuen Welt finden sollten, so möchten wir hier unsern Freunden der handarbeitenden Klassen über unsere Arbeit und ihre Erfolge berichten, möchten sie über unsere Eigenart, unsere Schwierigkeiten, unsern Willen und unser soziales Programm unterrichten, möchten Achtung, Kameradschaftlichkeit, Kampfbrüderlichkeit in ihnen wecken. Denn zum Kampf der Zukunft gehören wir beide, die Jugend der hohen Schulen und die Handarbeitenden des deutschen Volkes. Wir gehören zusammen. Und diesen Bund, den wir in des Kreuzes Namen und im Namen unserer großen vaterländischen Geschichte schließen, soll niemand zerreißen!

Die „Volksgenossen“ werden dementsprechend fortlaufend folgende Themen behandeln: Sozialistische Bewegung, Heimatische Arbeiterkurse, Mitarbeit unserer Freunde im sozialen Vereinswesen, Studentische Gedankenwelt, Beiträge von Arbeitern, Sozialliterarisches, Staatsbürgerliches, Aufsätze aus dem Gedankenkreis christlich-nationaler Arbeiterbewegung, Feuilletonistisches und Wissenschaftliches. Sie erscheinen während des Herbstes und Winters in acht aufeinanderfolgenden Nummern und kosten für das deutsche Reichsgebiet 80 Pf. Kollektiv bezogen (durch Vereine, Sekretäre, Privatpersonen), M. 1.— einzeln bezogen.

So geht denn ins deutsche Land! Jugendfrohe Hoffnungen begleiten euch, und ein Frührot von Träumen liegt über dem schwanken Schiff, das wir heute in Wind und Woge stoßen. Gott mit euch, ihr schlichten Blätter, zu froher Fahrt!

Bei dem großen Bildungswerte dieser neuen Zeitschrift — unser Freund Dr. Sonnenschein hat die Schriftleitung in der Hand — und bei dem hohen, idealen Zwecke, den sie verfolgt, empfehlen wir unseren Mitgliefern, namentlich den Teilnehmern der studentischen Arbeiterkurse, dringend ein Abonnement. Unsere Ortsgruppenvorstände könnten sich die Abonnentenammlung angelegen sein lassen.

Unnötig gefragt, Genossen! Die sozialdemokratische Presse hat einen Widerspruch gefunden in den Angaben über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften, die Kollege Stegerwald auf dem letzten Kongress machte und die in einem Berichte der „Textilarbeiter-Zeitung“ enthalten sind. Stegerwald habe in Dresden von einer Zunahme von 90 000, wir von 50 000 gesprochen. Und

**Der soziale Gedanke in Gedichten.**

(Von Benzel Frankemöller-Amsterdam.)

Ein anderer Sänger erhebt sich. „Ueber dem Leben“ (Prinz Emil von Schönau-Carolath) kündigt er an, und tiefsehend, fast bange lauscht das Publikum:

Im Schlagemache, während trüb und sahl  
Die Schatten um jermählte Stufen glühen,  
Verharb ein Mann; und als er ausgelitten,  
Hob seine Seele sich vom Erdental.

Sein Leben geht vorüber in dem Lied. Der Mann hat hochachtbar gelebt, manch Ehrenamt bekleidet. Die Trauergeklänge klingen in windzerzittertem Klang durch das finstere, nebelnasse Gewirr der Türme, Schloten, Giebel, Gassen. Die Seele des Mannes steigt empor. Des Erdballs Brausen verhallt. Ein goldener Ton singt an zu klingen, ein weiter Lichtweg liegt offen. Da steht, reglos wie Basalt, ein schwarzer Scraph. Der spricht: Dir ziemt kein Friede, es geht dein Pfad zu langem Hügelreife! Schen sagt der tote: Ich bin doch immer in die Kirche gegangen, ich hielt doch ziemlich Satzung und Gebote, hielt stets das Maß, des Lebensweges Mitte. Ich kenne dich nicht! Der Scraph antwortet: Rein, du kennst mich nicht. Ich bin der Menschheit Schmerz. Wohl stand ich oft auf deinem Wege, kummerfahl. Du bist vorbeigegangen. Ich sah so oft vor deinem Tor, verlassen, unbeliebet, zitternd, froßbereift. Du blidest mich nicht an. Und wenn ich wagte, deine Ruhe zu stören, sel mir zögernd ein Kupferbeller zu. Der Dichter singt:

Du warst kein Held des Siebens noch des Hassens,  
Du warst der Mann des lauen Unterlassens,  
Denn ziemt dir nicht das harte Feiertied;  
Es führt dein Pfad seitab zu langem Leid,  
Du hast gehört der Menschheit Jammersehrei  
Und gingst vorbei.

Ja, wissen Sie, meine Freunde, das macht Eindruck, das konnte einer von uns gemacht haben. Das ist ein Lied aus dem Evangelium!

Ein anderer erhebt sich und singt das Lied des tiefsten Glends. Er singt davon, daß er den Weg der armen Leute gegangen und viel Not und Sorgen gesehen. „Die Armeite“ (Wilhelm Langewiesche):

In Dampfen ein Junge an Krücken schlüch,  
Er fand einen Nidel und freute sich.  
An der Kirche betend ein Mütterchen alt,  
Eine schönere Kirche erschließt ihr all.  
Ein Arbeiter, müde mit schleppendem Gang,  
Dem fröhlich sein Büchlein entgegenbrang.  
— Und eine glüht durch die Dämmerung  
Und suchte und suchte... und war noch so jung!  
Und rauchte in Seide und Lichte sogar,  
Die doch von allen die Kerne war.

Glaubt man denn, daß diese Lieder keinen Eindruck machen? Können auch wir nicht die Schläfer unter uns wachschlagen mit den Peitschen des sozialen Siebes?

Es gibt keine Statistik darüber, wieviel Menschen zu einem neuen Leben gekommen sind durch das Lied des Glends. Aber es gibt deren. Ich habe sie gekannt, ich kenne sie noch, Leute, die ganz erschüttert von der Unmittelbarkeit des gesellschaftlichen Jammers sich aufgerafft haben zur Tat!

Die meisten Menschen, die nicht zur Armee der Arbeit gehören, haben wohl kaum einen Morgen bei der Fabrik erlebt. Vielleicht einmal, wenn sie morgens früh von einem Fest verschlafen heimkehrten. Aber fühlen sie die Tragik des Fabriklebens nicht aus folgendem Liede und hat darum dieses anspruchslose Lied nicht hohen Wert? „Morgen bei der Fabrik“ (Alfons Bekold):

Auf dem Pflaster ein Getraße von vielen, vielen Stimmen,  
Ein Stehenbleiben, ein Weitergehen, ein flüchtiges Morgen-  
grüßen.  
Unter der Mäse, unter dem Hut, schlaftrunken noch manch  
Gesicht

Und jeden Rücken beugt schon halb der Arbeit schweres Gewicht.  
Junge und Alte, Männer und Frauen geh'n durch das Tor  
der Fabrik,  
Und niemand richtet zur Sonne empor einen frohen Menschenblick.

Wie viele von uns gehen abends durch die Straßen der Großstadt und gehen mitleidlos und fraglos an dem Glend in Seide vorüber! Fragen nicht, woher es kommt, daß so viele reine Mädchen sich flüchteten in die tiefen, fahlen Schatten der Sünde und des Todes! Der Dichter konkretisiert einen Fall. Und manchem wird wohl ein Licht angehen. Höret „Das Glend“ (Leo Scheller):  
Kein Geld ist mehr im Schrein im Heim des Arbeit-  
losen. Das blaue Glend tritt ein. Vater ist krank. Das  
Glend hockt lauend auf den Dielen nah' der Tür. Der  
franke Mann sagt zum Sohn: Jage das Ding davon!  
Das Glend nimmt ihm das letzte Brot, und er vermag  
nichts. Die Mutter versucht es. Alles umsonst. Grinsend  
bot das Glend Strid und Stein. Der franke Mann  
stößt der Tochter zu: Grete, nun verstraße du es!

Und als die Maid zum Glend kam,  
Das Glend seide Kleider nahm  
Und zog sie an dem Mägdelein  
Und führte sie zur Stadt hinein  
Und gab ihr Geld und Glanz und Pracht.  
Das blonde Gretel freischt und lacht!  
Das Glend aber spricht zu ihr:  
„Lach nicht zu früh, ich bleib bei dir!“

Wenn man den Ursprung des seidenen Glends weiß, dann wird das Urteil von selbst milder. Folgt die Tat der Rettung nicht nach?

Wer von uns sah nicht oft irgendwo in einem abgelegenen Stadtviertel inmitten der trostlosen Mietkasernen ein arbeitsloses Begräbnis. Kennt ihr: „Begräbnis“ (Gisa Lach)? O Gott, diese Trostlosigkeit, diese Verlassenheit! Im Hinterhaus irgendwo starb ein armes Weib, der welke Leib muß geborgen werden, der Leichwagen fährt vor. Soll Keugier bleiben ein paar Kinder sehen. Für sie ist es ein neues Schauspiel:

Noch mancher kommt. Eine Menschenchar  
Drängt vor dem Haus sich, das Jahr für Jahr  
Der Alten Glend barg.  
Im Leben ging alles an ihr vorbei!  
Nun warten geduldig in dichter Reih'  
So viele auf ihren — Sarg.

Und horchen wir weiter dem Dichter des Lides: „Meine Nachbarin“ (F. J. Davids). Eine Mietkammer steht auf. Mitten in der Sünde wachsen da die kleinen Kinder heran — mitten zwischen Mädchen, die schon lange ihre Unschuld verloren. O, der Blick des Dichters ist erschütternd! Das ganze Glend eines solchen Kindes beleuchtet er blickartig:

Dazwischen wächst ein junges Blühn,  
Man möcht' es Sumpfdost heißen:  
Die Wangen rot, die Lippen glühn,  
Die dunklen Augen glühn.  
Nach fließt ein Strahl des reinen Lichts  
Um ihre helle Stirne,  
Noch weiß sie nichts, noch ahnt sie nichts,  
Und lacht schon wie die Dirne.

Ist das nicht schütterlich? Wer liest solch ein Gedicht ohne Augen für sich selbst und nicht weniger für die armen, armen Kinder in den verstaubten Vierteln der Großstadt?

So könnte ich noch seitenlang weitergehen. Aber es genügt! Mein Zweck war, sehen zu lassen, welche eine gewaltige Kraft in dem sozialen Liede wohnt! Ich bin davon überzeugt, daß auch aus unsern Reihen Männer und Frauen aufstehen werden, die, vom Glend und Jammer bewegt, aus ihrem Leben heraus das soziale Lied schaffen werden. Das christlich-soziale Lied soll aber nicht vom Jammer allein und Glend singen: in der christlichen Weltanschauung schon klingt immer mit der Ton des Lebens. Das ist unsere Freude. Gewiß, wir stimmen Alfons Bekold zu seinem Gedichte „Auf der Straße“ zu:

Ob eine seidene Schleppe  
Ueber die Straße rauscht,  
Ob sich ein Leinwandstück  
Ueber das Pflaster bauscht,  
Sie haben doch alle ein Gleiches  
Auf ihren Wegen mit:  
Das breite Kreuz der Sorge  
Drückt schwer bei jedem Schritt.

Gewiß, wir stimmen zu. Aber kein Mensch, kein Stand kennt nur Kreuz und Sorgen. Durch jedes Leben streicht sich wohl ein Strahl der Sonne. Neben dem Glend, neben dem Jammer schmieden wir auch in unser Lied hinein das Gold dieser Strahlen der Sonne. Das jetzige soziale Lied ist fast nur grau und sahl. Durch das sahle graue Gewebe soll das Goldgäuder der Hoffnung des Lebens sich tröstend zwängen!



# Mitglieder,

stellt euch dem Ortsgruppenvorstande für die Agitation zur Verfügung! Es ist Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes, für die Weiterentwicklung des Verbandes tätig zu sein!

ganz geschickt stellt die rote Presse — „Leipziger Volkszeitung“, „Bergarbeiterzeitung“ u. a. — die Frage, wer nun gelogen habe, wir oder Stegerwald.

Hätte der geschickte Genosse besser zugehört, dann würde er sich die Mühe der Fragestellung erspart haben, vorausgesetzt, daß es ihm auf eine ehrliche Darstellung der Dinge ankam. Unser Kollege Stegerwald hat in Dresden gesagt, daß die christlichen Gewerkschaften seit dem letzten Kongress 90000 Mitglieder mehr aufwiesen, wir haben in der „Textilarbeiter-Zeitung“ geschrieben, daß die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911 um 50000 Mitglieder zugenommen hätten.

Beide Angaben stimmen, wovon sich die rote Presse leicht überzeugen kann.

**Aus einer sozialdemokratischen Krankenkassenwirtschaft.** Im badischen Mittelrheingebiet haben sich, ebenso wie anderswo, eine Anzahl Krankenkassen zu einem Verbande zusammengeschlossen, unter dem Titel: „Freie Vereinigung badischer Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen.“ Die „Freie Vereinigung“ wird von zielbewußten Sozialdemokraten geleitet und hat sich, ebenso wie andere sozialdemokratisch geleitete Bezirkskrankenkassenverbände, dem ebenfalls von Sozialdemokraten geleiteten Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen angegliedert.

Jüngst fand nun in Bruchsal eine Tagung der „Freien Vereinigung“ statt, auf der es hoch herging. Grund dazu war folgender Vorfall: Der Delegierte Ziegelmair-Offenburg hat um Spezialisierung der Aufgaben des Vorstandes, die ihm verbächtigt vorkamen. Sofort setzte bei den „Genossen“ ein mordsmäßiger Spektakel ein, sie beschimpften den Fragesteller, der nicht zu ihrer Couleur gehörte und suchten dadurch über die pretäre Situation hinwegzukommen. Ziegelmair ließ aber nicht locker, und siehe da, es stellte sich heraus, daß der 7köpfige Vorstand, der durchweg aus echten „Genossen“ besteht, für eine einzige Ausschusssitzung in Konstanz, an der die 7 erwähnten Herren teilnahmen, 673,30 M. in Rechnung gestellt hatte. Drei Stunden nur hatte die Sitzung gedauert, zwei Tage waren dafür angelegt. Der zweite Tag war für eine Dampferpartie nach Bregenz vorgesehen. Die Herren „Genossen“ berechnen für sich Fahrgehalt II. Klasse, 15 M. Tageshosen, mit Uebernachten 22,50 M.

Doch damit ist man noch nicht zufrieden. Nach Abzug der Fahrtkosten und der Auslagen usw. entfallen noch 76,50 M. auf den einzelnen Teilnehmer an der Konstanzener Ausschusssitzung. Daß sich die Krankenkassen, die der „Freien Vereinigung“ angeschlossen sind und von Nichtsozialdemokraten geleitet werden, von einer solchen Wirtschaft abwenden und einen eigenen Verband bilden, ist weiter nicht verwunderlich.

Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß der von dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Frähdorf geleitete „Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen“ auf seiner diesjährigen Generalversammlung in Köln den Delegierten und Kassen keine öffentliche Abrechnung vorlegte. Die von „Genossen“ besetzte Frankfurter Kasse erhielt von Frähdorf (Dresden) den Auftrag, die Verbandskasse zu prüfen. Die „Genossen“ fanden — natürlich — „alles in Ordnung“.

**Der christliche Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband** hielt in den Tagen vom 27.—29. Oktober seinen zweiten Verbandstag ab. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß sich die Mitgliederzahl um 100 Proz. vermehrt hat, sie stieg nämlich in der zweijährigen Berichtsperiode von 1573 auf 3037. Die Zahl der Ortsgruppen wuchs von 32 auf 52. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen in der Berichtszeit einschließlich des Kassenbestandes vom letzten Verbandstage 74420,93 M., die Ausgaben 62947,56 M. Der Hauptkassenbestand beträgt 11473,37 M., einschließlich des Lokalkassenbestandes 16338,32 M.

Besonders bemerkenswert sind die Erfolge des Verbandes in der Berichtszeit. Es wurden insgesamt 33 Tarifverträge neu abgeschlossen oder erneuert, wodurch die Mitglieder 195000 M. an Lohnerhöhungen, 21580 Stunden Arbeitszeitverlängerung u. dergl. jährlich erzielten. Für 875 Mitglieder wurden Ferien von 2—10 Tagen pro Jahr erreicht. Hinzu kommen noch ansehnliche Verbesserungen in bezug auf § 1616 des BGB.

Einen breiten Raum der Verhandlungen nahmen die Anträge ein, wodurch das Beitragswesen neu geregelt und das Unterstützungswesen ausgebaut wurde. Bemerkenswert ist, daß für Handwerkerlehrlinge eine 10 Pfg.-Beitragsklasse durchgeführt wurde und daß Handwerkerlehrlinge und jugendliche Fabrikarbeiter unter 16 Jahren fortan ohne Aufsichtsgeld aufgenommen werden. Ein Zeichen dafür, daß der Verband sich der Wichtigkeit der Jugendgewinnung bewußt ist. Sodann wurde eine 70 und 80 Pfg.-Beitragsklasse neu eingeführt und die 30 Pfg.-Klasse für männliche Mitglieder beseitigt, so daß erwachsene männliche Arbeiter nicht mehr unter 40 Pfg. aufgenommen werden können.

Bezüglich der Unterstützungen sind eine Reihe von Änderungen und Verbesserungen erzielt worden. So wurde die Wartezeit für die Arbeitslosenunterstützung und die Beihilfe zur Aussteuer von zwei Jahren auf ein Jahr herabgesetzt. Eine Militärunterstützung wurde neu eingeführt. Das Sterbegeld wurde erhöht.

Drei Referate standen sodann auf der Tagesordnung: über den inneren und äußeren Ausbau des Verbandes (Kollege Loubwin), über die gewerkschaftliche Jugend-

bewegung (Kollege Waltrusch-Röln, der Vertreter des Gesamtverbandes) und Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks (Zentralvorsitzender Schmitz-Düsseldorf). Zum Zentralkongressenden wurde Kollege Schmitz einstimmig wiedergewählt.

**Firma Verleumder und Genossen.** Unter dem Stichwort „Firma Sparenberg und Voigt“ bringt das Organ des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter einen Artikel, der sich in einer verleumderischen Weise mit den beiden Kollegen und mit unserem Verbandsbeschrifteter. Durch den Tiefstand seiner Kampfesführung, die Unwahrheit seiner Behauptungen und die krägige Art seiner Sprache verrät der Artikel seinen Verfasser.

Der Artikel sucht den Nachweis zu erbringen, daß unser Verband in Sachen von den Unternehmern Geld nähme, um seine Sekretäre zu bezahlen. Wenigstens muß das jeder aus den Zeilen des Artikels herauslesen. Zum „Beweise“ für seine unsagbar schmutzige und verleumderische Behauptung läßt der „Textilarbeiter“ eine Versammlung aufrufen, die unlängst in Bauen stattfand und an der außer mehreren Herren aus bürgerlichen Kreisen auch unser Bezirksleiter Sparenberg und der Beamte des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Kollege Voigt, teilnahmen. Ferner meint der „Textilarbeiter“, unsere Bewegung stehe in Sachsen auf dem „Aussterbeetat“. — Wir haben aus Anstandsgründen keine Lust, uns mit dem schmutzigen Artikel länger auseinanderzusetzen. Nur einige Schiefheiten mögen gerade gerückt werden.

Wenn der „Textilarbeiter“ meint, unsere Bewegung stände in Sachsen auf dem Aussterbeetat, so ist hier wohl der Wunsch der Vater des Gedankens. Aber der Gedanke hat den großen Fehler, falsch zu sein. Unser Verband entwickelt sich in Sachsen recht kräftig. In dem Verbandsbezirke Sachsen-Thüringen-Brandenburg haben wir in der letzten Berichtszeit noch 842 Mitglieder gewonnen, darunter eine ganze Anzahl Uebertritte aus dem „deutschen“ Verbands. Bezüglich der Versammlung in Bauen sei gesagt, daß es sich um eine Versammlung handelt, die von den Herren Pastor Berg und Hauptmann Klemm, welche Leiter christlicher und nationaler Vereine sind, einberufen war. Zu dieser Versammlung waren die beiden christlichen Gewerkschaftsbeamten eingeladen worden. Daß sie hingingen, versteht sich von selbst. Kein rechtlich denkender Mensch wird ihnen daraus einen Vorwurf machen können. Uebrigens haben die sozialdemokratischen Blätter wenig Veranlassung, zu schreiben, die christlichen Gewerkschaftsbeamten suchten mit Unternehmerhilfe ihre Sache hoch zu bringen. Für die sozialdemokratischen Gewerkschaften trifft das erst recht zu. Wenn sie mit Hilfe der Scharmacher die christlichen Gewerkschaften ausschalten und für sich was heraus schlagen können, dann greifen sie mit beiden Händen zu. In einer Versammlung in Bauen sagte der bekannte Christentöter Erdmann unlängst, lieber den schlimmsten Scharmacher als einen Christlichen.

Zu den übrigen, rein persönlichen Angriffen des „Textilarbeiters“ nehmen wir keine Stellung, weil sie von A bis Z unwahr sind. Zum Schluß wollen wir dem Blatte noch eine Nuß zu kneten geben. Der „Textilarbeiter“ stellt es so dar, als ob unser Verband bzw. seine Sekretäre in Sachen von den Unternehmern Geld nähmen. Um zu zeigen, daß wohl von anderer Seite das Unternehmertum nicht verächtet wird, möchten wir dem „Textilarbeiter“ folgendes in Erinnerung rufen:

Bei der Bewegung der Textilarbeiter in Mülhausen i. E. im Jahre 1906, die der jetzige Redakteur Krätzig des Organs des „deutschen“ Verbandes leitete, hat sich der sozialdemokratische Textilarbeiterverband die Kosten einer Versammlung in Höhe von 30—40 Mark von dem Chef der Firma Kullmann u. Co. bezahlen lassen.

Nach einem Geständnis der Genossin Mundt in Nr. 146 des „Vorwärts“, Jahrgang 1909, haben bürgerliche Kapitalisten für das Frankfurter sozialdemokratische Gewerkschaftshaus 600000 Mark hergegeben.

Einer dieser Herren hat 5000 Mark zur Sanierung der damals finanziell schlecht gestellten „Sozialistischen Monatshefte“ geschenkt.

Eine Stuttgarter Großbrauerei hat im Jahre 1910 dem Stuttgarter sozialdemokratischen Gewerkschaftshaus eine runde Summe, man sprach von 200000 Mark, geliehen.

In Göttingen und Gmünd sind die Genossen bettelnd an große Brauereien herantreten, für einige Tausend Mark Anteilsscheine für eine neu zu gründende sozialdemokratische Zeitung zu übernehmen. Die Brauereibesitzer haben zugesagt, je 3000 Mark Anteilsscheine zu nehmen. Eine Gmünder Brauerei hat einen größeren Betrag gespendet.

Nach einer Behauptung des „Regulators“, des Organs des D. D. Maschinenbau- und Metallarbeiterverbandes, hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband von Arbeitergebern der bayerischen Feingoldschlagerei 70000 Mark geschenkt bekommen.

**Sozialdemokraten als Arbeitgeber.** Zu diesem interessanten Kapitel liefert die sozialdemokratische „Märkische Volksstimme“ (Nr. 179, 2. Beilage) folgenden Beitrag:

„Finstermalde. (Maßregelung.) Der Zigarrenfabrikant Curt Giesner, Hermann Sporns Nachfolger, Mitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins und der hiesigen Fabrikantenvereinigung, hat seine Arbeiter gemäßregelt. Der Grund ist folgender: genannter Herr wollte in seiner Fabrik zwei neue moderne Fassons einführen, ohne den Arbeitern ein Recht zuzugestehen, auch ihrerseits über den Preis der Anfertigung der Arbeit mitzureden. Die Firma diktierte den Preis mit der Bemerkung, wenn die Arbeit für den von mir bestimmten Lohn nicht gemacht wird, schmeiß ich alle raus. — Schlimmer treiben es die ärgsten Scharmacher auch nicht. Die Tabakarbeiter, Koller sowohl wie Wickelmacher, erklärten nach einer stattgefundenen Fabrikbesprechung, die Arbeit für den von der Firma gebotenen Preis nicht machen zu können. Herr C. Giesner setzte daraufhin seine Drohung in die Tat um und maßregelte sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen. Nach wiederholten Verhandlungen von Seiten der Gew- und Ortsverwaltung (Des soziald. Tabakarbeiterverbandes, D. B.) bei denen die Arbeiter sehr entgegenkommend waren, hat eine Einigung nicht erzielt werden können. Die Verhandlungen scheiterten jedesmal an dem starren Sinn des Unternehmers, so daß die Maßregelung der 9 männlichen und 24 weiblichen Tabakarbeiter in vollem Umfange weiter besteht. Wir bringen diesen Vorgang zur allgemeinen Kenntnis und erwarten von der organisierten Arbeiterschaft und allen, die zu ihr halten, sich dieses Vorgehens Giesners gelegentlich zu erinnern.“

Ein organisierter Genosse maßregelt nach Scharmacherart seine Arbeiter, weil sie Lohnaufbesserung wünschen! Der Genosse denkt auch: vom Probit raucht der Schornstein.

Die wirtschaftspolitischen Kämpfe, die uns bei der Neugestaltung des Zolltarifes und der Handelsverträge bevorstehen, deutete Kollege Joos in seinem Referate auf dem Dresdener Kongress mit folgenden Worten an:

„Auf wirtschaftspolitischen Gebiet zeigen sich Probleme, an denen die christlichen Gewerkschaften nicht achtlos vorübergehen können. In weiten Kreisen der Interessenten wie der Wissenschaft gewinnt die Auffassung Raum, als habe sich die Grundlage, auf der bislang die Abgleichung wirtschaftspolitischer Vorteile und Lasten zwischen den einzelnen Erwerbszweigen stattgefunden, verschoben. Soweit die Industrie als Ganzes in Betracht kommt — gegenüber landwirtschaftlicher Produktion —, zeigt sich sodann die größte Mannigfaltigkeit der Interessen und sozialpolitischen Forderungen. Die Industrien, ja die Branchen, ringen miteinander um Einfluß und Gehör. Eine gewisse Gruppenbildung zeigt sich insofern, als sich Rohfabrikat- und Halbzeugindustrie auf der einen und Fertigwarenfabrikation auf der anderen Seite zur Geltung zu bringen suchen. Es wird der Vorwurf laut, und die Syndikatsbildung hat ihm eine weitere Stütze verliehen, als würde das Ausmaß an Vorteilen der ersteren bis zu einem gewissen Grade auf Kosten der letzteren erfolgen. Namentlich wird gegen die Rohfabrikation geltend gemacht, daß sie durch differenzierte Behandlung des In- und Auslandes die ausländische Konkurrenz der einheimischen Fertigfabrikation begünstige. Der Vorwurf gewinnt an Gewicht angesichts der Tatsache, daß unsere Fertigwarenindustrie steigende Bedeutung gewonnen hat. Wenn auch der Inlandmarkt die beste Stütze unserer Fertigfabrikation (wie naturgemäß auch der Rohfabrikation) ist, so zeigt sich doch auch das Bedürfnis der Absatzmöglichkeit auf dem Weltmarkt. Hier aber wachsen die Schwierigkeiten, wie uns die weltpolitischen Spannungen darum. In diesem Wettkampf unter den Weltkonkurrenten stützen wir uns in Deutschland auf Kapitalkraft, gute Technik und eine kulturell hochstehende Arbeiterschaft. Den Vorsprung, den wir hier haben, gilt es unter allen Umständen zu halten. Dazu könnten auch wirtschaftspolitische Maßnahmen dienen. Dabei muß im Auge behalten werden: Der Inlandmarkt, der billigste und sicherste für unsere einheimische Produktion ist unter allen Umständen kräftig zu erhalten. Ein Grund mehr, auch der Konsumkraft der Arbeiterbevölkerung die notwendige Beachtung zu schenken. Inwieweit die Interessen der Rohfabrikat- und Halbfabrikat- und der Fertigfabrikatindustrie im einzelnen gegeneinander sozialpolitisch abgeglichen werden können, und inwieweit deren einheitliche Interessen gegenüber der landwirtschaftlichen Inlandsproduktion, können wir nicht feststellen. Das eine scheint nur sicher zu sein, daß eine bewußte Schädigung der bisher geschützten Produktionszweige große Störungen unserer Volkswirtschaft mit sich im Gefolge haben könnte. Die Wissenschaft weist im übrigen darauf hin, daß gewisse Erleichterungen durch Ausbau des Wert- statt des Gewichtszollsystems und durch Ausbau des Veredelungsverkehrs erzielt werden könnten.“

Als christliche Gewerkschaften können wir sagen: Wir sehen die Probleme, wenn es auch nicht unsere Sache ist und in unserer Kompetenz liegt, bestimmte Vorschläge zu machen. Das deutsche Gewerbe, mit dem wir uns verbunden fühlen, wird uns in seinen Bemühungen zur Seite finden. Diese Hilfe, die Industrie und Gewerbe im wirtschaftspolitischen Kampfe in ihrer Arbeiterschaft finden kann, sollten die Unternehmer nicht so gering schätzen. In dieser Solidarität könnte eher das Heil liegen, wie in der Gründung politischer Industrieparteien mit anti-sozialistischem Programm.



### Aus unserer Industrie.

#### Rundschau auf dem Textilmarkte.

Die deutsche Industrie hat im laufenden wie im vergangenen Jahre unter fortwährendem Mißgeschick zu leiden. Besonders die Baumwollindustrie wird davon verfolgt: die hohen Rohstoffpreise bewirken eine weitgehende Zurückhaltung, und der gleiche Grund übt auch einen hemmenden Einfluß auf die Wollindustrie aus — die Leinenindustrie scheint sich in einer etwas besseren Lage zu befinden, obgleich auch hier die Preise stark ansteigen; bei dem vollständigen Fehlen jedes Vorrates ist die starke Nachfrage wohl zu erklären. Während in der Wollindustrie eine Hochkonjunktur herrscht, kann eine solche in der Textilindustrie nicht aufkommen. Wenn auch in einzelnen Zweigen sich im September sehr rege Beschäftigung zeigte, war in andern eine Ruhe und Zurückhaltung, die von einer Hochkonjunktur sich sehr wesentlich unterscheidet. Nicht ohne Einfluß auf diese ungünstige Gestaltung mag die Verteuerung der Fleischpreise gewesen sein, denn das erste, woran der kleine Konsument spart, sind Kleiderprodukte der Textilindustrie. Die ungünstige Lage kommt in der

#### Entwicklung des Arbeitsmarktes

zum Ausdruck. Seit Juni müssen wir — wenigstens soweit männliche Arbeiter in Betracht kommen — von einer zunehmenden Verschlechterung des Arbeitsmarktes berichten. Doch nie war die Entwicklung so ungünstig und so sprunghaft wie vom August auf den September. Noch im August kamen auf 100 offene Stellen 121 Arbeitsgesuche, im September dagegen 143. Wir haben also eine sehr beträchtliche Verschlechterung zu konstatieren. Bisher konnten wir wenigstens noch von einem Stand berichten, der sich jeweils über den des entsprechenden Monats vom Vorjahre stellte — im September bleibt er auch hinter diesem zurück; denn im Vergleichsmonat des Vorjahres kamen auf 100 offene Stellen 135 Arbeitsgesuche.

#### Günstiger hat sich

#### der Markt für weibliche Arbeitskräfte

entwickelt. Auf die gleiche Anzahl offener Stellen kamen im September dieses Jahres 89 Arbeitsgesuche gegen 94 im August und 84 im September des Vorjahres. Wir haben also gegen den Vormonat eine Besserung, gegen den entsprechenden Monat 1911 aber eine Verschlechterung. Bei 745 Arbeitsnachweisen, die ihre Berichte an das Reichsarbeitsblatt eingekandt haben, sind insgesamt 1765 Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 1232 offene und 930 vermittelte Stellen gegenüberstehen. Im Vormonat lagen bei 735 Arbeitsnachweisen 2687 Arbeitsgesuche vor, denen 2214 offene Stellen und 1822 Vermittlungen entsprachen. Die ja an und für sich günstige Verminderung des Arbeitsangebots hebt eine noch stärkere Verminderung der Nachfrage vollständig auf. Daß es mit einem guten Teil der übrigen Industrien besser stehen mag als mit der Textilindustrie, geht schon rein äußerlich aus der Tatsache hervor, daß die

#### Entwicklung des Gesamtarbeitsmarktes

keine ungünstige, für männliche Arbeiter sogar eine ausgesprochen günstige ist. Auf 100 offene Stellen kamen bei männlichen Personen 141 Arbeitsgesuche, gegen 146 im August und 133 im September des Vorjahres. Wir haben also eine immerhin beachtenswerte Besserung gegen den Vormonat, während der Stand im Vergleich zum entsprechenden Monat des Vorjahres keineswegs befriedigen kann. Der Markt für weibliche Arbeitskräfte hat sich in den genannten Vergleichsmonaten nicht geändert. Auf 100 offene Stellen kamen jeweils 92 Arbeitsgesuche.

Insgesamt sind im September (August) bei 740 (735) Arbeitsnachweisen 391 000 (404 000) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 277 000 (277 000) offene und 228 000 (233 000) vermittelte Stellen gegenüberstehen. Von weiblichen Arbeitsuchenden sind insgesamt 86 000 (82 000) Arbeitsgesuche eingelaufen, wogegen 94 000 (89 000) offene und 57 000 (52 000) vermittelte Stellen stehen. Die Besserung bei den männlichen Arbeitern ergibt sich aus der Verminderung des Angebots und dem Gleichbleiben der Nachfrage, bei den weiblichen hält sich die Vermehrung des Angebots und die der Nachfrage die Wage. Recht günstig wurde der Arbeitsmarkt durch die Bekleidungs- und Reinigungindustrie beeinflusst; die Konfektion für Herren- und Damenkleider ist außerordentlich mit beschäftigt. Noch im August kamen auf 100 offene Stellen 188 Arbeitsgesuche weiblicher Arbeiter, im September nur noch 127! Der Baumwollmarkt hat in einigen Städten eine Belebung erfahren, in andern liegt er nach wie vor schwer darnieder — die ungünstigen Geldverhältnisse sind die Ursache dieser Erscheinung, die noch verstärkt wurde durch die Erhöhung des Reichsbankdiskonts auf 5 Prozent.

#### In unserer Industrie

kann, wie oben schon gesagt, von einer Hochkonjunktur keine Rede sein. In all den hemmenden Einflüssen ist nun auch noch der Balkankrieg gekommen. Die deutsche Textilindustrie ist vielleicht die Industrie, die am empfindlichsten davon betroffen wird. Einmal steht die Ausfuhr von Erzeugnissen der Industrie an und für sich und zweitens sehen sich die deutschen Geschäftsleute bei der durchaus unglücklichen Lage, die durch die verschiedenen Akzordierungen hinreichend gekennzeichnet wird, nicht gerne dem Risiko der Lieferung aus. Denn ob und wann sie Geld bekommen, ist sehr fraglich. Wenn auch die Ausfuhr nach der Türkei, Serbien und Bulgarien und Griechenland nicht so groß war, daß ihr Ausfall von katastrophaler Bedeutung für die Industrie wäre, so wirkt er gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt doch recht unangenehm. Die Ausfuhr an baumwollenen Geweben nach der Türkei hatte im Jahre 1911 einen

Wert von 6,8 Mill. M. (davon entfielen 4,2 Mill. M. auf die europäische und 2,6 Mill. M. auf die asiatische Türkei); an baumwollenen Strümpfen und Socken betrug der Ausfuhrwert 2,6 Mill. M. Am bedeutendsten ist die Ausfuhr von wollenen Geweben, die als Kleiderstoffe Verwendung finden — im Jahre 1910 hatte sie einen Wert von 15,3 Mill. M., 1911 einen solchen von 13,3 Mill. M. Nicht von solcher Bedeutung für die deutsche Textilindustrie sind die andern kriegführenden Länder. Nach Serbien ausgeführte wollenen Kleiderstoffe hatten einen Wert von 1,3 Mill. M., die ausgeführten baumwollenen Gewebe einen solchen von 1,2 Mill. M., Garn einen solchen von 0,8 Mill. M. Nach Griechenland wurden im Jahre 1911 ausgeführt für 1,5 Mill. M. wollenen Kleiderstoffe, 0,6 Mill. M. baumwollene Gewebe und für 0,3 Mill. baumwollene Strümpfe; nach Bulgarien für 1,9 Mill. M. wollenen Kleiderstoffe und für 1,1 Mill. M. baumwollene Gewebe. Der Ausfuhrwert von Baumwollgeweben und Garn aus Wolle stellte sich auf je 0,2 Mill. M. Nicht ohne Einfluß auf die Preisbildung wenigstens der amerikanischen Baumwolle geblieben — ihm, sowie den besseren Ernteberichten werden die starken Preisrückgänge, die in der Berichtszeit eingetreten sind, zugeschrieben. In der letzten Zeit haben die Preise übrigens wieder angezogen. Der Weltbaumwollverbrauch betrug nach den Angaben des internationalen Baumwollfabrikantenverbandes in der Zeit vom 1. Sept. 1911 bis 31. August 1912 19,8 Mill. Ballen. Das bedeutet seit 1909 eine Vermehrung von ca. 3 Mill. Ballen. Die Spindelzahl hat im gleichen Zeitraum um rund 9 Millionen zugenommen. Bei einer derartig gestiegenen Produktionsfähigkeit der Baumwollindustrie darf man sich eigentlich über deren Lage, die in fast allen Ländern gleich ungünstig ist, nicht wundern. Die neuesten kriegerischen Ereignisse haben insbesondere auch für Deutschland und Oesterreich, die ja neben Italien die Hauptlieferanten von baumwollenen Erzeugnissen nach der Türkei sind, eine weitere Verschlechterung gebracht.

#### Auf dem Garn- und Gewebemarkt

herrschte zu Anfang Oktober lebhafter Geschäftsverkehr — mit den zunehmenden Preisrückgängen auf dem Baumwollmarkt ist aber wieder eine mehr abwartende Ruhe der Käufer eingetreten. Die Preise, auch für Garne und Gewebe, mußten etwas nachgeben. Die Spinnereien sind gut beschäftigt, wenn auch größere Aufträge selten eingehen, die man verschiebt in dem Glauben, daß die günstigen Ernteausichten einen weiteren Preisrückgang bringen würden. Ein Ereignis, das in seiner Bedeutung für die Sicherheit des Baumwollgarnmarktes nicht unterschätzt werden darf, ist die Aufstellung eines Baumwollgarnkontraktes. Schon lange schweben Bemühungen in dieser Richtung; die Handelskammern von W-Gladbach und von Sorau haben schon seit Jahren auf dieses Ziel hingearbeitet. Aber jetzt erst ist zwischen den verschiedenen Spinnerereiverbänden und den Verbrauchern eine Einigung erzielt worden. Man darf nunmehr hoffen, daß die vielen Streitigkeiten über Feuchtigkeitsgehalt, über die Nummerabweichungen u. aus der Welt geschafft sind, da nunmehr klare für jeden leicht erkennbare Normen herrschen. In Oesterreich ist auf dem Garnmarkt noch keine Ruhe eingetreten. Die Spinner haben unter dem Einfluß der hier besonders empfindlichen Ueberproduktion bekanntlich eine Abzugskontingentierung festgesetzt, unter der sich natürlich die Preise hoben. Die Garnverbraucher haben nunmehr beschlossen, eine energische Abwehraktion einzuleiten. Im Interesse einer Gesundung der österreichischen Baumwollindustrie darf man wohl wünschen, daß eine Einigung auf einer mittleren Linie zustande komme.

#### Die Folgen des Krieges

#### für die Wollindustrie

werden — soweit wenigstens Gewebe in Betracht kommen — als außerordentlich unheilvoll geschildert. Die von Deutschland nach den betreffenden Ländern ausgeführten Werte sind ja sehr beträchtlich, sodaß eine Störung des gesamten Geschäftsverkehrs, wie er tatsächlich eingetreten ist, sehr stark empfunden werden muß. Auf dem Rohstoffmarkt herrscht außerst feste Stimmung. Die nunmehr beabsichtigten Londoner Wollauktionen haben zur Gewisse gezeigt, daß es von den Verbrauchern Torheit wäre, etwa auf eine Verbilligung der Wolle mit ihrer Bedarfsdeckung zu warten — denn in absehbarer Zeit ist an eine solche nicht zu denken. Der Wollmarkt war Anfangs Oktober recht ruhig, gegen Mitte der Berichtszeit machte sich dann aber eine starke Belebung bemerkbar. Auch der Markt in Räumlingen, Kammgängen und Wollabfällen war im allgemeinen ruhig — für letztere machte sich dann bessere Meinung geltend. Die Zurückhaltung in den beiden erst genannten Artikeln erklärt sich aus den in Frankreich stattfindenden Räumlings- und Wollabfallauktionen. Die Stimmung war hier sehr gut, wie denn auch die Preise überall fest sind. Die Spinnereien und Webereien sind im allgemeinen gut beschäftigt — die Berichte sind zwar nicht durchwegs einheitlich — die einen sprechen von lebhafter Tätigkeit, die andern von Zurückhaltung der Verbraucher. Entschieden steht es nicht, denn die Spinner haben vielerorts auf Preis erhöhungen bestanden und auch durchgesetzt. In Ober- und Kammgarnen herrscht gute Beschäftigung, auch nach Streichgarnen ist die Nachfrage gestiegen. In der Möbelstoff-, Decken- und Teppichindustrie ist die Lage befriedigend.

#### Durchaus fest liegt

#### der Flachsmarkt.

In Rußland sind die Zustände nicht sehr lebhaft — die Arbeiter verzögern sich vielfach, da Arbeitermangel herrscht. Die Nachfrage nach Flach- und Berggarnen ist bei dem Mangel jedes Vorrates sehr lebhaft. Die Preise sind insoweit gestiegen. Inwieweit ist die Lage der Spinnerereien keine günstige — die Rohstoffpreise sind eben zu hoch — ein Beweis dafür gibt der Plan einer Be-

triebsbeschränkung. Dieser wurde wohl mit unter dem Eindruck der Kriegsnachrichten gefaßt und ist bis jetzt noch nicht zur Ausführung gekommen. Bei der Nachfrage nach Flach- und Berggarnen, die ein Bericht als stümmlich bezeichnet, darf man wohl zweifeln, ob er überhaupt zur Ausführung kommt. Das Leinenwarengeschäft weist eine Belebung auf — doch hört man allgemein Klagen über die Preise, die in keinem Verhältnis zu den Rohstoffpreisen ständen. Der Verband deutscher Flossspinnereien und Bindfadensfabriken hat, um die Ueberproduktion zu beseitigen, eine 5% ige Kontingentsreduktion unter gleichzeitiger Festsetzung der Preise eintreten lassen. In der

#### Juteindustrie

hat sich kaum etwas geändert. Die Preise für Jute schwanken ein wenig, weshalb sich auch hier eine gewisse Zurückhaltung der Verbraucher bemerkbar machte. Die allgemeine Signatur des Marktes ist durch aus fest. Der Jute ist in der sogenannten Textilose — einem Ersatzstoff — ein sehr gefährlicher Konkurrent erwachsen. Um ihn ungeschädlich zu machen, hat die deutsche Jutekonvention die Patente des Textiloses Konzerns erworben. Im Ausland werden teilweise unter Führung der betr. Jutekartelle Fabriken erbaut, zur Herstellung des neuen aus der Textilose zu gewinnenden Produktes, das vor allem den Vorzug größerer Billigkeit hat.

#### Die Strumpf- und Handschuhindustrie

Sachsens befindet sich in einer gewissen Aufregung. Was wird Mode werden? Diese Frage beherrscht hier alles. Werden die dünnen Mussulinstrümpfe, auf die sich die Fabrikanten vielfach eingerichtet haben, das Feld behaupten, oder von den stärkeren Putinestriümpfen verdrängt werden? In der letzten Zeit machte sich ein Rückgang des Geschäftes bemerkbar — wohl mit einer Folge der ungünstigen Witterung, vielleicht aber auch eines gewissen Ueberdrußes an den alles andere als haltbaren dünnen Sorten. Wenn sich die Aufträge auch wieder vermehrt haben, so ist die Nachfrage doch lang nicht mehr so stürmisch wie vorher — die Käufer sind mit der Erteilung von Aufträgen vorsichtiger geworden. Die Vereinigten Staaten traten entschieden als Käufer auf. Für die Putinestwaren ist die Nachfrage stärker geworden. Die Stoffhandschuhbranche weist eine wesentliche Veränderung nicht auf. Die einzelnen Fabriken sind gut beschäftigt, doch wird vielfach über unzureichende Preise geklagt. Teilweise sind große Reste von Sommerwaren zurückgeblieben — eine Folge der kühlen Witterung. Aller Voraussicht nach soll der lange Handschuh die Mode beherrschen.

#### Der Seidenmarkt

zeigt in Deutschland eine nach oben gerichtete Tendenz. Das Geschäft in Rohseiden ist im allgemeinen ruhig, der Balkankrieg veranlaßt auch hier die Käufer zur Zurückhaltung — doch sind die Preise fest, da von den asiatischen Märkten hohe Preise gemeldet werden. Wie berichtet wird, sollen augenblicklich Verhandlungen zwischen deutschen, englischen und französischen Plüsch- und Sammetfabrikanten zwecks einer internationalen Kartellierung schweben. Trotz der enormen Schwierigkeiten, die sich einer festeren Vereinigung entgegenstellen, ist es den Tuchfabrikanten nunmehr gelungen, eine Konvention zu schaffen. Es gehören ihr 500 Herrenschuhfabrikanten mit rund 25 000 Webstühlen an, das sind 98 Prozent der in Betracht kommenden Webstühle überhaupt. Das Kartell ist ein Konditionenkartell, regelt also nur die Verkaufs-, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen. Mit den Abnehmerverbänden ist man bereits in Fühlung getreten.

Nicht ohne Bedeutung für die weitere Entwicklung der Textilindustrie ist der

#### Ausfall der Präsidentenwahl

in den Vereinigten Staaten, in der der demokratische Kandidat Wilson Sieger blieb. Dieser ist ein Gegner des Schutzzolles, der in Amerika ja besonders ausgebaut ist. Für die deutsche Industrie wäre es von großem Vorteil, wenn die Zölle, die jetzt durchschnittlich 60 Prozent des Wertes der geschätzten Produkte ausmachen, erniedrigt würden — unserer Industrie wäre es dann wohl möglich, die Gebiete, die sie in den letzten Jahren verloren hat, wieder zurückzuerobern. Allerdings wird man nicht vergessen dürfen, daß einem „Abbau“ der Zölle auch nicht zu unterschätzende Hemmnisse im Wege stehen.

### Aus dem Verbandsgebiete.

#### In Sachen des Gewerkschaftsstreites im katholischen Lager

ist Sonntag, den 10. November cr., durch die deutschen Bischöfe eine päpstliche Enzyklika veröffentlicht worden. Wir nehmen lediglich von dieser Tatsache Notiz.

Au den Dresdener Verhandlungen über den Gewerkschaftsstreit und an den diesbezüglichen Geschäften wird durch diese neueren Vorgänge nichts geändert.

#### Lohnbewegungen und Arbeitskretigkeiten.

#### Gera.

Keine Aussperrung der Webereiarbeiterschaft. Die Herrenschuhweber der Firma Summer, Bach u. Kammanger haben am Freitag, den 1. November, die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. Dadurch ist die Aussperrung im Gebiet des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien verhindert worden. Die streikende Arbeitererschaft hat es nicht für möglich gehalten, daß sie die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen sollte. Aus dem Verhalten des „deutschen“



Verbandes war das erst auch nicht zu entnehmen. Nun ist das „Unmögliche“ doch Wirklichkeit geworden. Unsere Organisation war bei der Bewegung vom „deutschen“ Verbande ausgeschaltet worden.

M.-Glabbach.

Bei der Firma Meuter und Paas bestanden ernste Differenzen, die jedoch durch Entgegenkommen der Firma beigelegt wurden.

Die Weber hatten der Firma einen neuen Lohnsatz vorgelegt, über den zunächst eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Auch den Vertretern der Organisation gelang es nicht, eine Verständigung herbeizuführen. Bei der zweiten Verhandlung, an welcher außer den Verbandsvertretern der Arbeiterausschuß teilnahm, erklärte der Firmeninhaber einfach: „Hiermit breche ich die Verhandlungen ab.“ Mit dieser Erklärung waren weitere Verhandlungen zur Unmöglichkeit geworden. Es mußten andere Wege eingeschlagen werden.

Am Samstag, den 26. Oktober, reichten die Weber die Forderung ein. Diese Maßnahme verfehlte ihre Wirkung nicht. Noch an demselben Tage wurde der Arbeiterausschuß ins Kontor gerufen, um mit einem Vertreter der Firma erneut in Verhandlungen einzutreten. Diese Verhandlungen führten dahin, daß zwar eine Annäherung herbeigeführt wurde. Jedoch waren mit dem Angebot, das seitens der Firma gemacht worden war, die Arbeiter nicht befriedigt. So wurden die Verhandlungen am 28. Oktober mit dem Firmeninhaber fortgesetzt. Diese Verhandlungen haben dann ein Resultat erzielt, welches die Weber befriedigte. Für Jacquardarbeiten wurde pro Meter 1/2 Pfg. und für Lächer 7 1/2% zugelegt. Ein schöner Erfolg. Dieser war aber nur durch den Einfluß der Organisation zu erreichen.

Malmerspach (O. G.)

Die Arbeiterschaft der hiesigen Baumgarnspinnerei Malmerspach u. G. hat an ihre Betriebsleitung durch den Bezirksvorstand des christl. Textilarbeiterverbandes eine Eingabe gerichtet, welche die Einführung der 14tägigen Lohnberechnung an Stelle der bisherigen vierwöchentlichen zum Gegenstande hat. In der Begründung dieser Eingabe heißt es unter anderem, daß der bisherige vierwöchentliche Lohnzahlungsmodus als durchaus veraltet betrachtet werden muß. Auch sei es bei der 14tägigen Lohnzahlung den Arbeitern eher möglich, ihre Einkünfte gegen bar zu machen. Letzteres gereiche aber nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Geschäftseigenen zum Vorteil. Das jetzt stark eingeriffene Borgsystem verleihe die Arbeiter vielfach zu unbedachten und unnütigen Ausgaben. So stellte sich denn die Erfüllung des berechtigten und zeitgemäßen Wunsches der Arbeiter als eine Erziehung derselben zur Sparsamkeit und vernünftigen Wirtschaftlichkeit dar. Es ist zu hoffen, daß die Firma dem dringenden Wunsche der Arbeiter und Bürgerschaft auf Einführung der vierzehntägigen Lohnberechnung baldigt Rechnung trägt. Das gute Einvernehmen zwischen Arbeiterschaft und Betriebsleitung kann dadurch nur gefestigt werden.

Sorau (Nieder-Lausitz).

Lohnbewegungen hinter verschlossenen Türen macht hier gegenwärtig der sozialdemokratische Textilarbeiterverband. Die „Märkische Volksstimme“ (Nr. 240, 3. Beilage) bringt hierüber einen Bericht. Genosse Gauleiter Kozke hat nach diesem Berichte die Gründe angeführt, weshalb die Frage einer Lohnbewegung nicht mehr in öffentlichen Versammlungen behandelt würde. Es seien immer die „Christlichen“ gekommen, hätten in den Versammlungen den Mund bei Lohnforderungen recht weit aufgerissen und in ihrer Fachzeitung dann geschrieben, was sie wieder alles geleistet und erreicht hätten. Jetzt würden jene Vertreter mit ihrem Duzend Mitglieber in solchen Versammlungen nicht mehr zugelassen, wo Fragen von einschneidender Bedeutung besprochen werden sollen. — Beweise für seine Behauptungen brachte Genosse Kozke nicht. Das braucht der aber auch nicht. Man braucht den Mann nur in Versammlungen und in seinem Auftreten zu beobachten. Und erst seine Reden anhören! Wer ihn einmal gesehen und gehört hat, der weiß ganz genau, wer den Mund am weitesten aufreißt.

Wir haben, als wir obigen Bericht lasen, über Kozke herzlich gelacht. Es war uns bei dem besten Willen nicht möglich, dabei ernst zu bleiben. Wir dachten sofort an eine Versammlung, wo Genosse Kozke mit Böwenstimme folgendes in den Saal hineinbrüllte:

„Nachdem die Vertreter der Christlich-nationalen bei der Finanzreform das Volk verraten haben, muß gesagt werden, daß gegen solch Gefindel nicht scharf genug vorgegangen werden kann. . . . Es gibt keine andere Organisation, die das Einvernehmen hat, als die sozialdemokratische, die freie Gewerkschaft, und wer nicht mit uns ist, der mag sich zum Teufel scheren. . . . wir als Arbeiter haben uns kein Kopfzerbrechen zu machen darüber, wo der Staat die Steuern herholt. Das kann uns egal sein, mag der Staat Meile machen, oder mag er sich das Geld bei den reichen Fabrikanten holen oder bei dem großartig bezahlten Reichsanwalt. . . . Was kümmert es uns, wo der Staat seine Steuern herholt. Wenn er seine Beamten nicht bezahlen kann, dann mag er ihnen weniger geben. Was brauchen die Offiziere postel Geld, wenn sie nichts dafür tun wollen. Wenn ihnen das nicht paßt, mögen sie Steine karren. Alle Arbeiter, die nicht sozialdemokratisch organisiert seien, verdienen Wackpfeifen und Prügel.“

Und ein solcher Mann redet über „Mund weit aufreißen der Christlichen“.

Aber Genosse Kozke hat andere Gründe, bei seinen Lohnbewegungen die Türen zu schließen, welche er aber verheimlicht. Er fürchtet nämlich, wenn er selbst den

Mund gewaltig weit aufreißt, daß die Christlichen durch ihre Anwesenheit ihm un bequem werden könnten. So war es auch im Herbst 1911 mit der Lohnhöhung in Sorau. Dort pochte Herr Kozke mit einer „kolossalen Lohnhöhung“, 40000 M. im Jahr! Daß es ihm dabei schwindel wurde, als die Christlichen dabei das Nachsehen gaben, können wir wohl nachfühlen. Denn 40000 M. Lohnhöhung für 4000 Arbeiter macht pro Jahr und Arbeiter ganze 10 M. oder noch nicht einmal 20 Pfg. pro Woche aus. Unsere Bemerkung von der Bescheidenheit der Genossen war sehr wohl am Platze. Auch unser Hinweis auf die „christlichen Domänen“, wo bedeutend bessere Verhältnisse sind und die Genossen trotzdem den Mund bis an die Ohren aufreißen, war wohl angebracht. Genosse Kozke betraufte sogar noch unsere Ausführungen, indem er sagte:

„Was denken Sie denn wohl, wir sind hier in Ostpreußen. Im Rheinland trinken die Arbeiter ihr Glas Wein, hier aber Kartoffelschnaps, den verd. . . . Junterfusel.“

An solche Tatsachen will man nicht gern erinnert sein. Wir werden uns aber auch durch das Gebaren des Genossen Kozke nicht mundtot machen lassen, sondern auch in Zukunft sozialdemokratische Phrasen und Aufschneidereien auf ihren wahren Wert zurückführen.

Wassenberg.

Von der Firma Krähnen u. Gohbers. Es kann der beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Diesen Spruch, den unser Bezirksvorsitzender in der am 27. Oktober zu Muhl stattgefundenen, äußerst zahlreich besuchten Versammlung als Motto seiner Ansprache wählte, bewahrheitet sich hier in Wassenberg recht drastisch. Die Firma Krähnen u. Gohbers aus Krefeld, welche hier einen Betrieb hat, scheint nicht ergriffen zu können, ohne mit den Arbeitern auf gespanntem Fuße zu stehen. Nachdem über die Vergütungsfrage für schlecht zu verarbeitendes Material eine Verständigung herbeigeführt, und die Lohnfrage für die schnelllaufenden Stühle, nicht zum Schaden der Firma, je nach Tourenzahl und Werte, mit einem Lohnsatz, welcher von 5—25% unter dem bisher gezahlten Akkordlohn schwankt, geregelt worden war, hatte einige Zeit Ruhe bestanden.

Unheimlich hat die Firma gemeint, daß diese Ruhe geeignet sei, schon lange beabsichtigte Pläne ihrer Verwirklichung näher zu bringen. Sie stellte nämlich an den Arbeiterausschuß das Ansuchen, die Abschaffung der Vergütung für schlecht zu verarbeitendes Material, sowie auch noch einer Lohnreduktion auf bestimmte Werte zuzustimmen. Diese Zumutung wurde in einer Art vorgebracht, die ganz anders als nobel war. Es hieß einfach: „Ihr nehmt unsere Bedingung an, oder Ihr fliegt auf die Straße.“ Ein solches Vorgehen des Betriebsleiters resp. der Firma ist so recht geeignet, auch den dümmsten und einfältigsten Arbeitern die Augen zu öffnen und ihnen zu zeigen, wohin der Kurs gehen soll, den die Firma steuert. Hierzu trägt auch das Verhalten des sogenannten „Liefersmeisters“ bei. Ob dieser in höherem Auftrage handelt, ist uns unbekannt, auffallen muß es aber, daß Strafen von 2—4 Mark keine Seltenheit sind. Anscheinend hat auch die Laune des betreffenden Meisters mit zu entscheiden, denn an einigen Tagen kommt keiner ungeschoren weg. Diese Tatsachen decken sich nun aber schlecht mit einem Ausspruche des Betriebsleiters, der sinngemäß dahin lautete, daß die Firma den Betrieb nur deshalb hätte aufrecht halten können, weil die Arbeiter eine Qualitätsware geliefert hätten.

Welcher Gegenlag! Ob nun die Firma mit solchen Schikanen die Arbeiter mürbe, und für ihre Pläne empfänglicher machen will? Man sollte es fast meinen. Da auch das Geschäft angeblich ungünstig liegen soll, scheint sie die Konjunktur auszunutzen zu wollen. Sie könnte sich aber leicht verrechnen, und eventl. auch noch mal wünschen, die Geister, welche sie gerufen, wieder los zu sein. Sie hat den Arbeitern eine Lehre zuteil werden lassen, wovon diese etwas behalten haben. Dem indifferenteren Arbeiter hat sie gezeigt, daß er verpflichtet ist, sich vor Ueberraschungen zu schützen. Es wird gezeigt werden, daß die Einigkeit ein Faktor ist, mit dem auch die Firma Krähnen u. Gohbers rechnen muß.

Letztere wird auch einsehen, daß sie nicht mit dem Kopf durch eine Wand rennen kann und es für sie vorteilhafter ist, wenn sie eine Verständigung mit ihren Arbeitern herbeiführt. Die Arbeiter sind durch das Vorgehen der Firma aus ihrer Ruhe geweckt worden, sie haben sich auf alle Eventualitäten gefaßt gemacht, und sehen den Dingen, die da kommen sollen mit Ruhe entgegen. Auf das Vorgehen der Firma ist aber der Spruch anwendbar: „Es ist ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft.“

Aus unseren Bezirken.

Konferenz christlicher Textilarbeiterinnen in Aachen.

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Bezirk Aachen, hielt am 3. November im Aachener Gesellschaftshaus eine Textilarbeiterinnenkonferenz ab. Eine große Anzahl von Ortsgruppen hatten insgesamt 72 Vertreterinnen entsandt. Auch waren die Vorsitzenden der größeren Ortsgruppen erschienen.

Kollege Sauren eröffnete die Tagung, indem er alle Erschienenen willkommen hieß und auf die Bedeutung der Konferenz hinwies. Zur Leitung der Konferenz wurden vier Arbeiterinnen ins Bureau gewählt.

Bezirksleiter Weber-Aachen sprach über: Den Anteil des weiblichen Geschlechts an der Zahl der Erwerbstätigen im Deutschen Reich. Dem Vortrage entnehmen wir folgendes:

Die männliche Bevölkerung Deutschlands stellte zu den Erwerbstätigen folgende Zahlen. 1882 waren in Deutschland 18 372 906 erwerbstätige männliche Personen oder 60,38% der Bevölkerung männlichen Geschlechtes vorhanden. 1895 waren es 15 606 682 oder 61,03% der männlichen Bevölkerung. 1907 waren es 18 583 864 oder 61,01% der männlichen Bevölkerung. Absolut hat sich die Zahl der erwerbstätigen männlichen Deutschen, gleichen Schritt haltend mit der Bevölkerungszunahme vermehrt. Relativ ist jedoch von den Jahren 1895 bis 1907 ein Rückgang der erwerbstätigen männlichen Bevölkerung festzustellen und zwar von 61,03% auf 61,01%.

Wie liegen hiergegen die Verhältnisse der erwerbstätigen weiblichen Bevölkerung? 1882 gab es in Deutschland 4 259 103 erwerbstätige weibliche Personen oder 18,46% der weiblichen Bevölkerung. 1895 waren es 5 264 408, oder 19,97%. 1907 waren es 8 243 493 oder 26,87%.

Die erwerbstätige weibliche Bevölkerung hat hiernach seit 1882 absolut sich fast verdoppelt, auch relativ sehr stark zugenommen. Vorstehende Zahlen beweisen, daß die Frau immerhin ins Erwerbsleben hineingezogen wird.

Nach den Berichten der preussischen Regierungs- und Gewerbeämter vom Jahre 1910 waren in Preußen in der Industrie — in Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern und in den diesen gleich gestellten Betrieben — 3 249 005 Arbeiter beschäftigt. Davon waren 704 068 Weibliche. Von diesen waren 619 212 über 16 Jahre alt. 33 925 von 14 bis 16 Jahren und 931 unter 14 Jahre.

Die deutsche Textilindustrie ist diejenige Industrie, welche wohl die meisten Frauen beschäftigt. Nach der amtlichen Statistik sind in derselben 1 088 280 Personen beschäftigt. Nach Abrechnung des technischen und kaufmännischen Personals, verblieben 857 865 Arbeiter. Davon sind männliche 393 523 und 464 332 Weibliche. Von 100 deutschen Textilarbeitern sind 46% Männer und 54% Frauen. Der Prozentsatz der Frauenarbeit in der Textilindustrie erhöht sich langsam, aber stetig. Vom Jahre 1908 bis 1909 stieg die Zahl der männlichen Arbeiter in der deutschen Textilindustrie um 29 923, die Zahl der Frauen jedoch um 44 770. Ein ähnliches Verhältnis ist in der Aachener Textilindustrie zu konstatieren. In Aachen waren am 31. 12. 1911 13 479 Personen in der Textilindustrie beschäftigt. Hiervon waren 6776 Männer und 6703 Frauen.

In den einzelnen Branchen waren vorhanden:

Table with 2 columns: Branch and Number of workers. Rows include Tuchfabriken, Spinnereten, Lohnwebereien, Färbereien.

Wie steht es nun mit der gewerkschaftlichen Organisation der deutschen Textilarbeiterinnen? 1912 werden es wohl rund 500 000 Arbeiterinnen sein, welche in diesem Berufe tätig sind. Davon sind organisiert im christlichen Textilarbeiterverbande 13 062, im sozialdemokratischen Verbände 48 445, im Gewerbeverein S.-D. 1900 und in verschiedenen Verbänden 1000. In Summa also 64 000 Organisierte, denen ein Heer von 436 000 noch nicht organisierter Textilarbeiterinnen gegenübersteht.

Von den 14—15 000 Textilarbeiterinnen des Gewerbeinspektionsbezirks Aachen, umfassend die Kreise Aachen Stadt, Aachen Land, Eupen, Montjoie, Malmedy, Ertelenz, Seilenkirchen und Heinsberg sind hochgerechnet 2000 bis 2200 organisiert. Es gibt also noch ein großes Feld zu bearbeiten. Die Entwicklung der Frauenarbeit in der Industrie hat schwere Schäden, sowohl in materieller, wie in geistig sittlicher Beziehung, verursacht. Es muß Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation sein, auf eine Verbesserung der Verhältnisse hinzuwirken. Die Arbeiterinnen müssen jedoch an diesen hohen Zielen mitarbeiten. Die gewerkschaftliche Organisation ist für die Arbeiterinnen eine zwingende Notwendigkeit geworden und soll die heutige Konjunktur beraten, welche agitatorischen Mittel anzuwenden sind, um die Arbeiterinnen in größerer Zahl dem christlichen Textilarbeiterverbande zuzuführen.

Nach diesen mit großem Beifall und Verständnis aufgenommenen Ausführungen erhielt die Sekretärin des Verbandes, Kollegin Harder-Düffelhof, das Wort zu ihrem Vortrage: „Was müssen wir tun.“ Die Rednerin sprach an Hand von praktischen Beispielen über die Agitationsmöglichkeiten in unserem Bezirke. Sie hob hervor, daß an erster Stelle die Agitation von Mund zu Mund und die Hausagitation zu stehen habe. Daneben käme jedoch die Werbearbeit in den konfessionellen Arbeiterinnen-Vereinigungen in Betracht. Treue Kameradschaft zwischen Letzteren und den christlichen Gewerkschaften müßte allenthalben geschlossen werden. Es gelte vor allem auch, überall Mitarbeiter und Arbeiterinnen heranzuziehen; besonders sollten die männlichen Kollegen in Vorständen und Agitationskommissionen die Werbearbeit der Kolleginnen tatkräftig unterstützen. Den noch nicht organisierten Textilarbeiterinnen im Bezirk müßte klar gemacht werden, daß der christliche Textilarbeiterverband außer der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, auch die geistig-sittliche Hebung der Arbeiterinnen erstrebe. Gerade auf die ideellen Ziele müßte hingewiesen werden, denn es gelte eine Bewegung zu starten, die sich im bewußten Gegenfuge zur sozialistischen Arbeiterbewegung setze. Die Rednerin fand reichen Beifall.

Eine anschließende Diskussion, an welcher sich neun Kolleginnen beteiligten, gestaltete sich sehr interessant. Es war eine Freude, zu hören, wie von den Sprecherinnen den Gedanken in präziser, klarer Weise Ausdruck verliehen wurde. Von einer Spinneriarbeiterin wurden die mitunter mißlichen Verhältnisse in den Spinnereien besprochen und betont, daß der Organisation von den Spinnerarbeitsbesitzern und -Angestellten der größte Widerstand entgegenzusetzen werde.

Die Konferenz legte Leitfäden fest, nach welchen sich in der Agitation gerichtet werden soll. Es sollen in allen Ortsgruppen Arbeiterinnenagitationskommissionen gebildet werden, die gemeinsam mit dem Vorstande zu arbeiten haben. Von jedem Orte soll eine Kollegin Bericht erstatten über die Verhältnisse und sollen diese Berichte von einer Kollegin weiter verwertet, zusammengestellt und an die Geschäftsstelle des Verbandes weitergegeben werden. Als Berichterstatterin dieses Bezirkes wurde eine Kollegin aus Aachen bestimmt.



Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 3. November im Nachener Gesellschaftshaus tagende, von 72 Vertreterinnen besuchte Arbeiterinnenkonferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands...

Nach einem kurzen Schlusswort fand die Konferenz ihr Ende und gingen die Teilnehmer begeistert auseinander. Die Anregungen werden zweifellos reiche Früchte bringen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Wochst. Zur Lage der hiesigen Textilindustrie schreibt die „Rheinisch-Westf. Zeitung“ unterm 3. November: „Während der Zeit verfrachten zwei Wochen hat sich der Baumwollmarkt ungeachtet der Kriegsunruhen auf dem Balkan und trotz der großen Kursverluste an den Effektenbörsen im ganzen gut behauptet...“

Gera. Der Vorsitzende, Kollege Steinraber, gab in unserer Monatsversammlung vom 16. Oktober einen Bericht über die sächsische Landeskonferenz der christlichen Gewerkschaften...

Greiz. Einer äußerst regen Beteiligung erfreute sich unser am 13. Oktober im Vereinslokal abgehaltener Stiftungsfest. Mit und Jung lauschte den deklamatorischen und musikalischen Vorträgen...

kurzen Ueberblick über den Gewerkschaftskongress in Dresden und zeigte an dieser Veranstaltung die Stärke und den Wert unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung. Diese Eigenschaften noch zu erhöhen, müsse Aufgabe eines jeden Kollegen sein...

Nicht gerade so stark wie das Stiftungsfest war unsere Mitgliederversammlung am 27. Oktober besucht. Kollege Schmelzer gab einen kurzen Bericht von der sächsischen Landeskonferenz und von der Gaukonferenz...

Guben. Ein „taktvoller“ Genosse. Am 16. Oktober fand im „Gesellschaftshaus“ eine öffentliche christlich-nationale Versammlung statt, welche verhältnismäßig gut besucht war. Kollege Anton Heutmann aus Düsseldorf sprach über das Thema: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung unter besonderer Berücksichtigung der christlichen Gewerkschaften.“

Vom Versammlungsleiter, Kollegen Sparenberg, wurde der rabiate Genosse zurecht gemessen. Als der Genosse merkte, daß er nichts anfangen könne, versuchte er die Versammlung zu sprengen. Doch nur ein kleiner Teil der Versammelten folgte ihm. Es waren solche Leute, die sich so betragen, daß wir auf deren Weiben gern verzichteten.

Delsnig i. Bogtl. Unsere kaum gegründete Ortsgruppe hatte zu einer Versammlung auf den 18. Oktober eine Anzahl unorganisierter Kollegen aus der Textilindustrie eingeladen. Der Einladung wurde bereitwillig Folge geleistet. Kollege Melcher aus Greiz und Kollege Sparenberg aus Forst behandelten die Themen: „Warum organisieren wir uns“ und „Warum organisieren wir uns christlich“.

Spremberg (N.-L.). Das zweite Stiftungsfest feierte unsere Ortsgruppe am 13. Oktober. Der Saal im Hotel „Drei Kronen“ war gut besetzt. Konzert und Vorträge, ernsten und heiteren Inhaltes, sorgten für Unterhaltung der Gäste. Die Begrüßungsansprache hielt der wackere Vorsitzende, Kollege Matthijochl. Kollege Heutmann aus Düsseldorf hielt die Festrede. Er führte aus, wenn auch das Feiern von Festen nicht Aufgabe und Zweck unseres Verbandes sei, so könne man doch nichts dagegen haben, wenn die Kolleginnen und Kollegen sich einmal im Jahre zusammen fänden...

Bierjen. Wahl der Delegierten zur Ortskrankenkasse II. so lautete am 24. Oktober in Bierjen die Parole für die Arbeiter. Während früher die Ortskrankenkasse II in den Händen der „freien“ Gewerkschaften war, wurde vor drei Jahren in allen Abteilungen, mit Ausnahme der Färberei, die Delegierten der christlichen Gewerkschaften gewählt. Vor der diesjährigen Wahl trat das Ortskartell der Kirch-Daunderschen Gewerkschaften an uns heran, zwecks Abschluß eines Kompromisses. Trotzdem dieselben nur mit wenigen Mitgliedern in Frage kommen, nahmen wir keine Veranlassung, den Antrag zurückzuweisen. Hierbei ließen wir uns von dem Gedanken leiten, daß es besser sei, den Kirch-Daunderschen ein Entgegenkommen zu zeigen, weil die Mehrzahl ihrer Mitglieder noch auf nationalem Boden steht. Würden wir ein Kompromiß abgelehnt haben, so würden sie voraussichtlich an die „freien“ Gewerkschaften herangezogen sein, wie dieses vor drei Jahren geschehen ist. Das Letztere wollten wir aus den oben erwähnten Gründen verhindern. Das Ergebnis der Wahl war folgendes: 1. Abteilung (Färberei und Hüttenwerke). Es wurden insgesamt 446 gültige Stimmen abgegeben. Hieron entfielen auf die gemeinsame Liste der christlichen und Kirch-Daunderschen Vertreter 259 Stimmen; auf die Liste der freien 187 Stimmen. Die 73 Vertreter der christlichen und Kirch-Daunderschen waren somit gewählt. Bei der Wahl vor drei Jahren legte die Liste der christlichen Gewerkschaften in dieser Abteilung angeblich nur mit 8 Stimmen Mehrheit. In der 2. Abteilung (Färberei) legten auch dieses Mal die freien Gewerkschaften. (12 Vertreter.) In der Abteilung 4 (Seifengebetriebe) wurden die 7 Vertreter der christlichen und Kirch-Daunderschen einstimmig

gewählt. Die Generalversammlung der Ortskrankenkasse II fest sich demnach für die Folge aus 80 Vertretern der christlichen und Kirch-Daunderschen und aus 12 Vertretern der freien Gewerkschaften zusammen.

Die Handlungsgewissen hatten 4 Vertreter zu wählen. Zur Wahl erschien jedoch niemand. Ob das auch ein Zeichen der Zeit ist? Dann jedenfalls ein bedauerliches.

Berichtigung.

In Nr. 44 der Textilarbeiterzeitung ist in dem Bericht aus Kolbermoor: „Die Gelben unter den Nädern“ ein Irrtum enthalten, indem der „gelbe“ Marti als Angeklagter angeführt ist. Das ist nicht richtig; derselbe war Zeuge. Angeklagt waren und verurteilt worden sind: Schernberger zu 33 Tagen und Stabler zu 10 Tagen Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten.

Versammlungskalender.

- Wramsche. 19. Nov., 6 Uhr, bei Worbemerge, außerordentliche Mitgliederversammlung.
Wochst. Bezirk. Stad. 17. Nov., 11 1/2 Uhr, im Lokale des Arbeitervereins St. Joseph.
Derschlag. 17. Nov., 11 1/2 Uhr, im „Westfäl. Hof“ (Carl Jäger).
W. Glabbach-Simental. 17. November, 6 Uhr, bei Peter Hermes, Waldhausenerstr.
W. Glabbach-Siden. 16. November, 8 1/2 Uhr, bei Severin Neumers, Gidenerstr.
Greiz. 24. November, 1/4 Uhr, bei Karl Gräffer, hohe Gasse.
Kaufbeuren. 16. Nov., 8 Uhr, im Lokale Rosenau (kathol. Vereinshaus).
Landeshut (Schles.). 20. Nov., 5 Uhr, im Städt. Schützenhaus, außerordentliche Generalversammlung.
Lauterbach-Zell. 17. November, 3 1/2 Uhr, bei Jakob Erny, ordentliche Generalversammlung.
Leitz bei Radentzchen. 17. November, 5 1/2 Uhr, bei Joseph Däcker.
Lützenwalde. 17. Nov., 8 Uhr, bei Meh.
Rennert. 20. Nov. (Buß- und Betttag), 7 Uhr, bei Kommerz-Kirchen, öffentl. Arbeiterinnenversammlung.
— 24. Nov., 6 Uhr, bei Kommerz-Kirchen, Mitgliedervers.
Odentzchen. 17. November, 6 Uhr, im „Deutschen Eck“.
Debt. 24. Nov., bei Heinrich Kramps, Generalversammlung.
Rheinbalden. 17. November, 5 1/2 Uhr, bei Karl Pfäum, Familienfest.
Schaag. 17. November, 10 1/2 Uhr, bei Johann Peters Generalversammlung.
Schiefbahn. 20. November (Buß- und Betttag), 7 Uhr, bei Wilhelm Hohnen.
Winkath. 17. November, 5 Uhr, bei Frau Ww. Plönes, Familienabend.
Wegberg. Die Versammlung am 17. November kann umständehalber nicht stattfinden.

Literarisches.

Der Geschäftsbericht des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands (in Buchform, 250 Seiten stark) ist durch die Geschäftsstelle in Düsseldorf, Kavalleriestr. 22, zu beziehen.

Preis nur 30 Pfg.

Der Geschäftsbericht enthält volkswirtschaftliches Material, wichtige Angaben über textilindustrielle Verhältnisse, Zusammenstellungen und Berichte über die Entwicklung des Verbandes (speziell in den letzten zwei Jahren), Mitgliederbewegung, Finanzgebarung, ein reichhaltiges Tabellenwerk über das Unterstützungswesen, die Geschäftsberichte der Beamten, die Anträge zur Elberfelder Generalversammlung u.

Der Geschäftsbericht enthält zahlreiche praktische Winke für die Agitationsarbeit, er gibt ein klares Bild über die Lage des Verbandes.

Er ist unentbehrlich für alle Vorstandsmitglieder und Vertrauenspersonen, von größter Wichtigkeit für alle Mitarbeiter und Mitglieder.

Das Protokoll der IV. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands (22. bis 25. Sept. 1912 zu Elberfeld) erscheint (180 bis 200 Seiten stark) am 20. November d.

Preis 20 Pfg.

Da in der „Textilarbeiter-Zeitung“ nur ein kurzer Auszug über die Verhandlungen veröffentlicht werden konnte, ist der stenographische Bericht von größter Bedeutung. An die Ortsgruppenleitungen richten wir den dringenden Appell, das Protokoll (ebenso auch den Geschäftsbericht) einem möglichst großen Mitgliederkreis zugänglich zu machen.

Befestigung nimmt schon jetzt entgegen die Geschäftsstelle des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Düsseldorf, Kavalleriestraße 22.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Wertgemeinschaft oder Gewerkesolidarität. — Gemeindeverwaltungen und Lebensmittelförderung. — Die Sozialversicherung in Europa. — Das neue Jahrbuch. — Die Verbreitung der Arbeiterinnenvereine. — Feuilleton: Der soziale Gedanke in Gedichten. — Allgemeine Rundschau: Christliche Gewerkschaften und Konjunkturvereine. — Kulturelle Werte christlicher Gewerkschaftsarbeit. — „Die Volksgenossen.“ — Unmüdig gefragt, Genossen! — Aus einer sozialdemokratischen Krankenkassenwirtschaft. — Der christliche Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband. — Firma Verleumber und Genossen. — Sozialdemokraten als Arbeitgeber. — Die wirtschaftspolitischen Kämpfe. — Aus unserer Industrie: Rundschau auf dem Textilmarkt. — Aus dem Verbandsgebiete: In Sachen des Gewerkschaftsrechtes im katholischen Sager. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreizeit: Gera. — W. Glabbach. — Walmerspad (D. G.). — Sorau (Nieder-Rauß). — Wassenberg. — Aus unserer Bezirken: Konferenz christlicher Textilarbeiterinnen in Nachen. — Berichte aus den Ortsgruppen: — Wochst. — Gera. — Greiz. — Guben. — Delsnig i. Bogtl. — Spremberg. — Bierjen. — Berichtigung. — Versammlungskalender. — Literarisches.